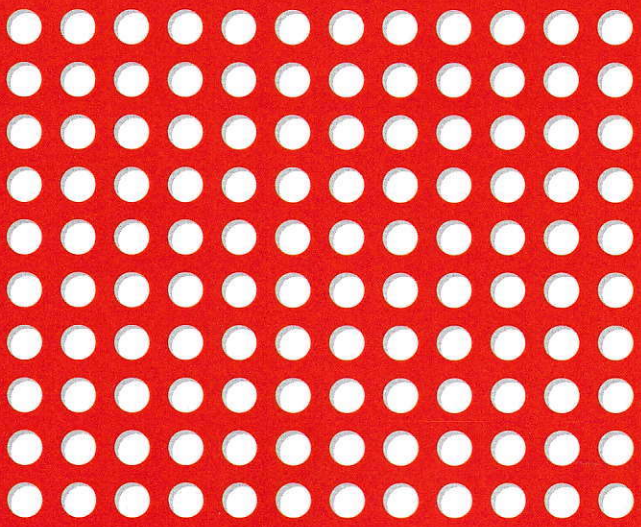
DIEBURG

SPD

120 Jahre



Festschrift zum 120-jährigen Bestehen
des SPD-Ortsvereins Dieburg

Herausgeber: SPD-Ortsverein Dieburg
V.i.S.d.P.: Sabine Schnurr (Vorsitzende)
Nordring 36, 64807 Dieburg
Beiträge und Redaktion: Rainer Weiß
Druck: OffsetDruck Otzberg + Mediahaus Reinheim GmbH

Auflage: 200 Exemplare
Stand: Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 3

Vorwort 5

Sabine Schnurr — Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Dieburg 5

Grußworte 6

Nancy Faeser — Vorsitzende der SPD Hessen 6

Heike Hofmann — Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg 7

Aus der Chronik der SPD Dieburg 8

Gründung der Dieburger SPD im Jahr 1903 8

Zwischen den Weltkriegen — Weimarer Republik und Nationalsozialismus 8

Wiedergründung des SPD-Ortsvereins nach dem Krieg — konstruktive Zusammenarbeit 9

1960er-Jahre — Rolle als Opposition 10

1970er-Jahre — Generationswechsel 12

1980er-Jahre — kontinuierliche Arbeit und Präsenz 14

1990er-Jahre — kommunalpolitische Verantwortung 17

2000er-Jahre — Kumulieren und Panaschieren, 100-jähriges Jubiläum 21

2010er-Jahre — Neuanfang vertan, Entscheidungen vertagt 22

2020er-Jahre — jetzt drittstärkste Kraft 26

Frauen in der SPD, ASF in Dieburg 27

Jungsozialisten in der SPD 29

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus 30

SPD und Gewerkschaften 30

SPD und Arbeiterwohlfahrt (AWO) 31

Aktuelle kommunalpolitische Forderungen der Dieburger SPD 32

Anhang: Tabellen und Übersichten 34

Vorsitzende und Ehrenvorsitzende 34

Fraktionssprecher bzw. -vorsitzende 35

Erste Stadträte und Magistratsmitglieder 36

Bürgermeisterkandidaten/-kandidatinnen 38

Ehrenstadträte und Ehrenstadtverordnete der Dieburger SPD 40

Bundesverdienstkreuz, Willy-Brandt-Medaille 41
Kommunalwahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946 (Grafik) 42
Kommunalwahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946 (Tabelle) 43
Beste Wahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946 44
Dieburger SPD-Mandatsträger in den Kreistagen 45
Vorstand des SPD-Ortsvereins Dieburg (aktuell) 47
SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (aktuell) 47
Abbildungsverzeichnis 48
Bildnachweise 49
Quellenverzeichnis 49
Danksagungen 50

Vorwort

Sabine Schnurr — Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Dieburg

Abbildung 1: Sabine Schnurr

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

„120 Jahre Sozialdemokratie in Dieburg“ ist ein spannendes Zeugnis Dieburger Geschichte. Die Recherche hierfür war zeitaufwendig und nicht immer ganz einfach. Aber der Gang in die Archive und die Gespräche mit Zeitzeugen haben sich gelohnt. Während eine Unmenge an Zeitungsartikeln, Protokollen und Ähnlichem nun digitale Ordner füllen, liegt vor Ihnen – ganz analog – eine Chronik der Dieburger Sozialdemokratie.

Entstanden ist ein Dokument, das viele Daten und Personen vor dem Vergessen bewahren kann.

Entstanden ist aber auch ein Dokument, welches belegt, dass die Kernthemen der Sozialdemokratie Bestand haben. Wohnen, Arbeitsplätze, Finanzkraft und nicht zuletzt das Schwimmbad waren Themen der 1950er- und 1960er-Jahre in Dieburg, die leicht in die Gegenwart übernommen werden können. Digitalisierung, Klimawandel und vieles mehr werfen heute neue, komplexe Fragen auf und fordern zeitgemäße Lösungen. Und dennoch gibt diese Kontinuität Halt.

Gleichzeitig weisen die Brüche mit dem Althergebrachten Wege in die Zukunft. Begleitet von der Aura Willy Brandts forderten die Dieburger Genossen in den 1970er-Jahren einen Politikwechsel: „Wir sind Opposition, dann müssen wir auch Opposition machen!“ Der Mut, neue Wege zu gehen und die Zeit führten aus der Opposition und bescherten der Dieburger Sozialdemokratie die höchsten Mitgliederzahlen und Stimmenanteile. Durch zahlreiche Tabellen im Anhang wird das anschaulich belegt.

Dies sind nur zwei Beispiele, warum der Blick in die Chronik lohnt. Es gibt vieles mehr zu entdecken, denn „120 Jahre Sozialdemokratie in Dieburg“ sind ein Spiegel der Zeit, des sich Treubleibens und der Anpassungsfähigkeit.

Der politische Diskurs ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen ihn üben, ihm Raum und Struktur geben, ihn ernstnehmen und respektieren und vor zu hohen Erwartungen und undemokratischen Gegnern schützen. Die Broschüre liefert dazu eine wertvolle Faktenbasis und dokumentiert so den Einsatz der Genossinnen und Genossen für gute Lebensbedingungen aller in unserer Stadt – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und hoffentlich der Zukunft.

Ihnen gelten mein Dank und meine Anerkennung.

Grußworte

Nancy Faeser — Vorsitzende der SPD Hessen

Abbildung 2: Nancy Faeser

Liebe Dieburgerinnen und Dieburger,
liebe Freundinnen und Freunde der SPD,

es ist mir eine ganz besondere Ehre, unserer Dieburger SPD zum 120-jährigen Jubiläum gratulieren zu dürfen. Seit 120 Jahren kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Dieburg für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dafür meinen allergrößten Respekt und vor allem: Danke!

Auf Euch, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich ganz besonders stolz. In nicht ganz einfachem Umfeld habt ihr immer wieder die Fahne der SPD hochgehalten und Euch eingebracht – zum Beispiel mit der Podiumsdiskussion zum Hochwasserschutz in Dieburg, mit Eurer Spendensammlung für die Ukraine und mit dem Fest im Klostergarten unter dem Motto „Das Ehrenamt baut Brücken“. Ein besonderer Dank dafür geht an Eure Erste Vorsitzende Sabine Schnurr!

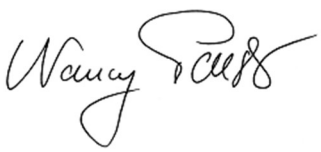
Für Dieburg und für ganz Hessen gilt: Am 08. Oktober haben wir die Chance auf eine gerechtere Politik. Dafür machen wir als SPD ein konkretes Angebot: Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in Hessen – auch in Dieburg – ein gutes und sicheres Leben führen können, ganz egal wie viel Geld sie haben, wo ihre Familie einmal herkam, woran sie glauben, wie sie aussehen, wen sie lieben oder wie sie heißen.

Für mich bedeutet das in erster Linie, dass jedes Kind die gleichen Chancen in der Schule hat – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Und dass wir die besten Kräfte für Hessen gewinnen – die besten Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Pflegerinnen und Pfleger, Handwerkerinnen und Handwerker, Ärztinnen und Ärzte – nur so wird Hessen auch in fünf, zehn, zwanzig Jahren erfolgreich sein.

Ich würde mich freuen, Sie und Euch für diesen Weg gewinnen zu können.

Euch nochmals herzlichen Glückwunsch zu Eurem besonderen Jubiläum, alles Gute und ganz viel Freude bei der Festveranstaltung im Schloss Fechenbach.

Ihre und Eure Nancy Faeser
SPD-Landesvorsitzende und Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin



Heike Hofmann — Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg

Abbildung 3: Heike Hofmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich sehr, dass ich dem SPD-Ortsverein Dieburg zum 120-jährigen Bestehen gratulieren darf. Dies ein besonderer Anlass, der uns daran erinnert, dass unsere Partei bereits seit weit über einem Jahrhundert für die Interessen der Menschen in Dieburg und darüber hinaus kämpft und sich für eine sozialere, solidarischere und gerechtere Gesellschaft einsetzt.

Seit 1903 besteht der Ortsverein der Sozialdemokraten in Dieburg und seither wurde vieles erreicht. Sei es in der Arbeitsmarktpolitik, der Bildung, der Gleichstellung der Geschlechter oder für soziale Gerechtigkeit. Ob es dabei um den Bau von öffentlichen Anlagen ging, der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen oder dem Angebot der Kinderbetreuungsplätze. Dies sind nur drei der zahlreichen Themen, für die sich die SPD Dieburg in all dieser Zeit immer eingesetzt hat.

Das 120-jährige Jubiläum ist auch ein Moment, um darüber nachzudenken, wo wir als SPD herkommen, wofür wir stehen und wo wir hinwollen. Denn auch heute gibt es noch viele Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Wir müssen uns weiter dafür einsetzen, dass jeder Mensch in Deutschland eine faire Chance auf ein gutes Leben hat — unabhängig von seiner Herkunft, seinem Einkommen oder seinem sozialen Status. Dabei sollten wir uns auch bewusst sein, dass wir als SPD nur gemeinsam stark sind. Wir brauchen den Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb der Kommune, auch mit anderen demokratischen Kräften. Denn nur so können wir unsere Ziele erreichen und eine bessere Zukunft für alle Menschen in Dieburg und darüber hinaus gestalten.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die in den vergangenen 120 Jahren für die SPD Dieburg gekämpft haben — sei es in der Kommunalpolitik oder darüber hinaus. Ihr habt dazu beigetragen, dass wir heute in einer Gesellschaft leben, die sozial gerechter ist als vor einem Jahrhundert.

In diesem Sinne gratuliere ich dem SPD-Ortsverein Dieburg zum langjährigen Bestehen und wünsche weiterhin viel Erfolg im Kampf für eine gerechtere Gesellschaft.

Herzliche Grüße

Heike Hofmann

Heike Hofmann
Vizepräsidentin des Hessischen Landtags

Aus der Chronik der SPD Dieburg

Gründung der Dieburger SPD im Jahr 1903

Vor 120 Jahren — im Jahre **1903** — fanden sich 13 Genossen zusammen und gründeten den SPD-Ortsverein Dieburg. Im Volksmund galten sie als die „13 knorrigen Eichen“. Initiator Bernhard Blank wurde von den anwesenden Gründungsmitgliedern zum ersten Vorsitzenden der SPD in Dieburg gewählt. Der neue Ortsverein wuchs schnell an. Der Erfolg der damaligen SPD in Dieburg zeigte sich schon vier Jahre nach der Gründung. Erstmals zogen in Dieburg Sozialdemokraten in das Gemeindeparlament ein.

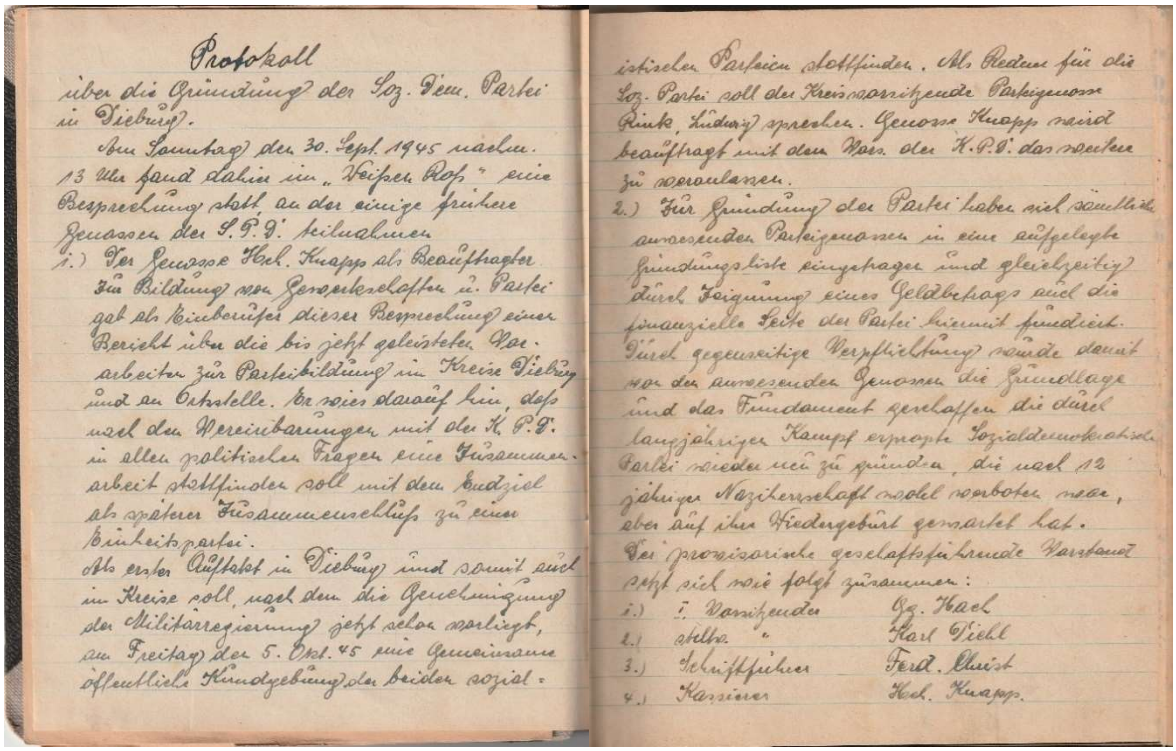
Zwischen den Weltkriegen — Weimarer Republik und Nationalsozialismus

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs musste sich der SPD-Ortsverein neu formieren. Bei den im Volksstaat Hessen stattfindenden Kommunalwahlen **1919** gewann die SPD immerhin drei Gemeinderatssitze. Drei Jahre später, bei den Wahlen im Jahre **1922,** konnten die Sozialdemokraten sieben Sitze erringen. Mit dem Erfolg stieg auch die politische Verantwortung in dieser Zeit. Von 1922 bis 1928 stellte die SPD mit Wilhelm Krug einen der von der Bevölkerung direkt gewählten Beigeordneten. Sein Nachfolger wurde Heinrich Knapp, der sich in der zweiten Stichwahl gegen den Zentrumskandidaten durchsetzte. Bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 leitete er als Erster Beigeordneter in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters Heinrich Josef Wick (Zentrum) die Geschäfte der Stadtverwaltung. Bei den **letzten freien Wahlen,** die **1933** stattfanden, erhielt die SPD drei Sitze. Dieses Ergebnis war ein erstes Anzeichen der politischen Veränderungen in Deutschland. Mit dem Gesetz gegen die **Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933** bestand als einzige politische Partei in Deutschland nur noch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

Die Dieburger Genossen Adam Diehl, Adam Lang und Michael Fuchs kamen aufgrund dieses Gesetzes ins Konzentrationslager (KZ) Dachau.

Wiedergründung des SPD-Ortsvereins nach dem Krieg — konstruktive Zusammenarbeit

Am **30. September 1945** fanden sich 35 Genossen zur **Wiedergründung des SPD-Ortsvereins** im „Weißen Ross“ (in der heutigen Zuckerstraße) zusammen und wählten **Georg Hach** zu ihrem Vorsitzenden.



Protokoll
über die Gründung der Soz. Dem. Partei in Dieburg.

Am Samstag den 30. Sept. 1945 nachm. 13 Uhr fand dahier im „Weißen Roß“ eine Besprechung statt, an der einige frühere Genossen der S.P.D. teilnahmen.

1.) Der Genosse Karl. Knapp als Beauftragter zur Bildung von Gesellschaften d. Partei gab als Einberufer dieser Besprechung einen Bericht über die bis jetzt geleisteten Vorarbeiten zur Parteibildung im Kreise Dieburg und an Ortsstelle. Er wies darauf hin, daß nach den Vereinbarungen mit der K.P.D. in allen politischen Fragen eine Zusammenarbeit stattfinden soll mit dem Endziel als späteren Zusammenschluß zu einer Einheitspartei.
Als erster Ortsteil in Dieburg und somit auch im Kreise soll, nach dem die Genehmigung der Militärregierung jetzt schon vorliegt, am Freitag den 5. Okt. 45 eine Gemeinsame öffentliche Kundgebung der beiden sozialistischen Parteien stattfinden. Als Redner für die Soz. Partei soll der Kreisvorsitzende Parteigenosse Rinke, Ludwig sprechen. Genosse Knapp wurde beauftragt mit den Vors. der K.P.D. das weitere zu veranlassen.

2.) Zur Gründung der Partei haben sich sämtliche anwesenden Parteigenossen in eine aufgelegte Gründungsliste eingetragen und gleichzeitig durch Zeichnung eines Geldbetrags auch die finanzielle Seite der Partei hiermit fundiert. Durch gegenseitige Verpflichtung wurde damit von den anwesenden Genossen die Grundlage und das Fundament gelegt die durch langjährigen Kampf erprobte Sozialdemokratische Partei wieder neu zu gründen, die nach 12 jähriger Nazizeherrschaft wohl verboten war, aber auf ihre Wiedergeburt gewartet hat.
Der provisorische geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

1.)	1. Vorsitzender	Ge. Hach
2.)	stellv. "	Karl Diehl
3.)	Schriftführer	Ferd. Christ
4.)	Kassierer	Karl. Knapp.
5.)	Beisitzer	Karl Blank
6.)	" † Koch.	Adam Thomas
7.)	"	Michael Fuchs
8	Kassenprüfer	Jakob Brand.

Nach Erledigung einiger Organisatorischen Fragen wurde die Besprechung welche als Markstein in der Sozialdemokratischen Parteigeschichte einzutragen ist von dem Genossen Knapp geschlossen.

Dieburg, den 2. Okt. 1945

Ferd. Christ Schriftführer

Abbildung 4: Protokoll der Wiedergründung der SPD Dieburg am 30. September 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die SPD nicht die „Oppositionspartei“, wie dies heute verstanden wird. Die Menschen kämpften ums nackte Überleben. Daher galt es auch für die Sozialdemokraten, bis **Mitte der 1950er-Jahre** den Wiederaufbau in der Stadt aktiv mitzugestalten. Wichtig war, die Infrastruktur Dieburgs, z. B. die Kanalisation und die Straßen, herzurichten und auszubauen.
1948 stimmte die SPD der Wahl des CDU-Bürgermeisters unter bestimmten Bedingungen, die schriftlich in wenigen Punkten fixiert wurden, zu. Auch anlässlich der Kommunalwahl 1952 wurde zwischen CDU und SPD eine Vereinbarung getroffen, in der die Zusammensetzung des Magistrats, des Ersten Stadtrats, des Stadtverordnetenvorstehers und seiner Stellvertreter geregelt und die Bürgermeisterwahl 1954 festgelegt wurden. Diese Vereinbarung wurde erst 1960 als gegenstandslos erklärt, als sich CDU und SPD nicht mehr auf die Verlängerung der 12-jährigen Amtszeit für den CDU-Bürgermeister einigen konnten.

Bei den Kommunalwahlen **1946, 1948 und 1952** pendelten die Sozialdemokraten als Oppositionspartei mit ihrem Stimmenanteil zwischen 22,5 % und 28,6 %. Sehr gute Ergebnisse erzielte die SPD bei den darauffolgenden Wahlen in den Jahren **1956** (38 %) und **1960** (37,6 %).

1960er-Jahre — Rolle als Opposition

Abbildung 5: Johannes Brand, Spitzenkandidat der SPD 1964

Im Laufe der 1960er-Jahre nahm die SPD immer mehr die Rolle als Oppositionspartei an. Im Programm der Dieburger Sozialdemokraten zur **Kommunalwahl 1964** — Spitzenkandidat war Johannes Brand — wurden u. a. das Verschleppen des Baus der Volksschule „Auf der Leer“, fehlende Asphaltdecken und begehbare Bürgersteige für alle Straßen und über Gebühr hinausgezogene Planungen bei der Erschließung von Wohn- und Industriegebieten moniert.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Stadtparlament der Jahre **1964 und 1968** waren, trotz geringfügiger Verluste, für die Dieburger SPD weiterhin sehr gut. So erreichte sie 1964 36,1 % (zehn Stadtverordnetensitze) und 1968 34,7 % (neun Sitze) der Stimmen. Ab 1964 waren im Stadtparlament 25 Sitze zu vergeben, weil die Stadt die 10.000-Einwohner-Grenze überschritten hatte.

Abbildung 6: Aus der SPD-Broschüre 1964
(zeigt den Blick auf die Zuckerstraße und den heutigen Dallas)

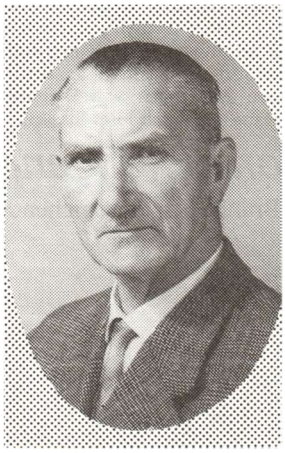


Abbildung 7: Georg Hach

Zum ersten Mal wurde der Titel eines „Stadtältesten“ (heute Ehrenstadtverordneter) vergeben. Diese Ehrung wurde **Georg Hach** am 23. Mai 1961 zuteil:

Georg Hach trat 1928 in die SPD ein und wurde bereits im Dezember 1929 in den Gemeinderat gewählt. Mit dieser Aufgabe betraute man ihn am 05. März 1933 erneut. Im Sommer 1933 schloss die braune Diktatur die Sozialdemokraten und später die Zentrumsmitglieder aus dem Gemeinderat aus.

Nach dem Krieg zog Georg Hach als Spitzenkandidat der SPD am 27. Januar 1946 ins Dieburger Gemeindeparlament ein. Am 25. März 1946 wählte ihn das Plenum zum Ersten Beigeordneten (ab 1952: Erster Stadtrat) und damit zum Stellvertreter des Bürgermeisters (Ludwig Steinmetz). Dieses Amt hatte der Sozialdemokrat Hach ununterbrochen bis zum 22. Oktober 1960 inne.

Sein besonderes Interesse galt der Milderung der Wohnungsnot durch Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowohl durch die Stadt Dieburg als auch durch private Bauherren, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Finanzkraft der Stadt Dieburg durch Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben sowie dem Bau des Schwimmbades am Schlossgarten. Die Bereitstellung von Gelände für die örtlichen Vereine und der Dieburger Stadtwald waren für Georg Hach ebenfalls wichtige Themen.

Er war mehr als zehn Jahre Vorsitzender des SPD-Ortsvereins.

Georg Hach verstarb am 13. Oktober 1979.

1970er-Jahre — Generationswechsel

Willy Brandts Entspannungspolitik führte zahlreiche, vor allem junge Bürgerinnen und Bürger in die Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hatte der SPD-Ortsverein Dieburg zu Beginn der 70er-Jahre bereits ca. 170 Mitglieder, so erhöhte sich ihre Anzahl bis Anfang 1974 auf 207. Vor dem Ende des Jahrzehnts besaßen etwa 230 Dieburgerinnen und Dieburger das Parteibuch der SPD. Der Frauenanteil betrug etwa 15 %.

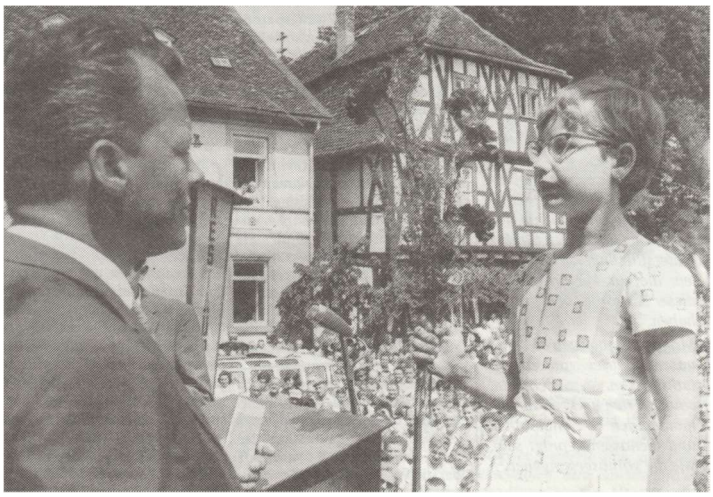


Abbildung 8: Kanzlerkandidat Willy Brandt in Dieburg; Monika Blank überreicht rote Nelken (1960)

Damit kamen jüngere Menschen in die SPD-Fraktion, die eine gänzlich andere Vorstellung von Opposition hatten. 1977 setzte sich der Generationswechsel verstärkt fort. Die Fraktion wurde dadurch auch politischer: „Wir sind Opposition, dann müssen wir auch Opposition machen!“, wie Dietmar Schöbel die damalige Situation heute beschreibt.

Die SPD im Stadtparlament sorgte dafür, dass die Stadt den Anliegern einen entsprechenden Kostenanteil bei der Herstellung der Bürgersteige übernahm.

Die Dieburger SPD erreichte bei der **Kommunalwahl** am 22. Oktober **1972** das bis dahin (und bis heute) beste Ergebnis. Die Kandidatenliste hatte ein Durchschnittsalter von 42 Jahren und umfasste 22 Männer und mit Anneliese Blank allerdings nur eine Frau. Die Sozialdemokraten kamen dabei auf 38,9 % (2.685) der Stimmen und 14 Sitze (CDU: 3.849 Stimmen gleich 55,8 %, 21 Sitze; FDP: 363 Stimmen gleich 5,3 %, zwei Sitze). Die Wahlbeteiligung lag bei 85,8 %. Die Zahl der Parlamentssitze hatte sich von 25 auf 37 erhöht. Damit erreichte der seit 1956 anhaltende positive Trend, dass bei den Kommunalwahlen fast jeder Dritte der Wahlberechtigten in Dieburg die SPD gewählt hatte, seinen Höhepunkt.

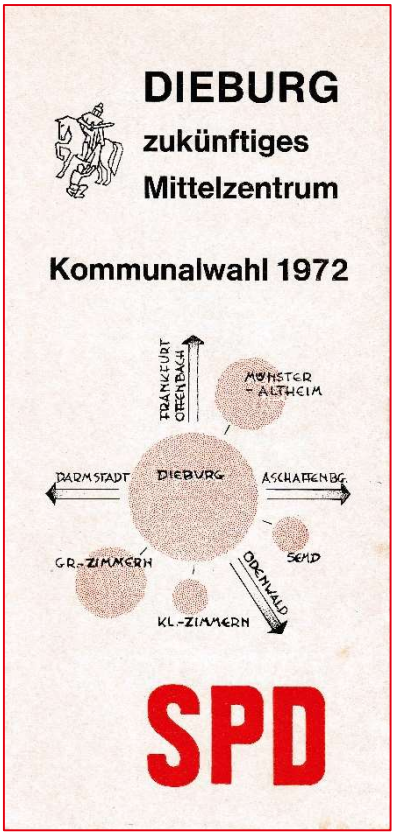


Abbildung 9: SPD-Flyer zur Kommunalwahl 1972

Vier Jahre später bekam die SPD bei der Kommunalwahl am 20. März **1977** 31,5 % der Stimmen und zwölf Sitze im Stadtparlament. Ein wesentlicher Grund für die Verluste war die hessische „Verwaltungs- und Gebietsreform“, nach deren Abschluss Dieburg als Kreisstadt obsolet war.

„Verwaltungs- und Gebietsreform“

Heiß diskutiert wurde die in mehreren Phasen zwischen 1969 und 1979 durchgeführte „Verwaltungs- und Gebietsreform“. Ziel dieser politisch hoch umstrittenen Maßnahme war es, mittels größerer Verwaltungseinheiten leistungsfähigere Gemeinden und Landkreise zu schaffen. Sie war ein wichtiges Projekt der hessischen Landesregierung unter dem von 1970 bis 1974 amtierenden sozialliberalen Kabinett von Ministerpräsident Albert Osswald (SPD) und Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld (FDP).

Heftige Widerstände aus Parteien, auch Teilen der SPD, und der Bevölkerung gab es gegen die beabsichtigte Landkreis-Neugliederung. So wurde am 04. Dezember 1970 ein „Bürgerkomitee gegen die Auflösung des Landkreises Dieburg“ gegründet, in welches Personen aus dem gesamten damaligen Landkreis gewählt wurden. Vorsitzender war der Dieburger Genosse Günter Weber.

Der im Januar 1971 auch von der Dieburger SPD unterstützte Vorschlag des hessischen Innenministeriums, die Gemeinden Eppertshausen, Münster, Altheim, Dieburg, Groß- und Klein-Zimmern sowie Gundernhausen zu einer „Gemeindegruppe Dieburg“ zusammenzufassen, scheiterte angesichts des offenen und passiven Widerstands, hauptsächlich getrieben von einem Selbstbehauptungswillen aus Münster und Groß-Zimmern.

Die Gemeinden Semd und Klein-Zimmern (und auch Altheim) wollten 1972 von sich aus nach Dieburg eingegliedert werden, was die hiesige SPD stark begrüßte, jedoch von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde. Die CDU befürchtete den Verlust ihrer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Auch der damalige Landrat Heinrich Klein (SPD) warb für die Eingemeindung der beiden Orte zur Abrundung des südlichen Dieburger Stadtgebiets. Das Bestreben der CDU, ihre Macht zu erhalten, sollte sich Jahrzehnte später als sehr nachteilig für die weitere Entwicklung Dieburgs erweisen. Der Dieburger Anzeiger schrieb am 03. Januar 1977 dazu: „Umgeben von großen Gemeinden mit riesigen Flächen für künftige bauliche Entwicklung wird Dieburg fast im eigenen Saft schmoren“.

1980er-Jahre — kontinuierliche Arbeit und Präsenz

Abbildung 10: Anzeige der SPD zur Kommunalwahl 1985

Infolge des in den 1970er-Jahren eingeleiteten Generationswechsels in Fraktion und Ortsvereins-Vorstand arbeiteten sich zusätzlich neben erfahrenen SPD-Parlamentariern — beispielsweise Heinrich Beckmann und Josef Blank — weitere fachlich kompetente Genossinnen und Genossen (Bauingenieure, Haushaltsspezialist) ein. In Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen wurden antragsreife Papiere zur Innenstadtentwicklung entworfen. In dieser Zeit entstand auch das „Verkehrskonzept der SPD Dieburg“ mit umfangreichen Analysen und Lösungsvorschlägen. Die Öffentlichkeitsarbeit konnte entsprechend intensiviert werden.

Die **Kommunalwahlen 1981** (33,7 %, 13 Sitze im Stadtparlament), **1985** (34,4 %, 13 Sitze) und **1989** (31,8 %, zwölf Sitze) beschieden der SPD in Dieburg gegenüber 1977 zunächst wieder einen Aufwärtstrend. Erstmals wurde 1981 die Anzahl der Sitze nach dem „Hare-Niemeyer-Verfahren“ berechnet, welches für die SPD 13 Sitze ergab. Die Fraktion wählte Roland Resch 1981 zu ihrem Vorsitzenden; dieses Amt hatte er bis Anfang 1988 inne.

Dietmar Schöbel wurde im September 1985 zum hauptamtlichen Kreisbeigeordneten des am 01. Januar 1977 neu geschaffenen Landkreises Darmstadt-Dieburg gewählt.

Die GRÜNEN traten in Dieburg 1985 als Bündnis Grüne/LD [1] in Erscheinung. Auf das kommunale Wahlergebnis der SPD in Dieburg hatten sie zunächst keinen Einfluss. Die CDU verlor 1989 mit 48,5 % zum ersten Mal seit 1952 die absolute Mehrheit, Grüne/LD gewannen vier Prozentpunkte hinzu und kamen auf 13,2 %. Die Sozialdemokraten wollten einen politischen Wechsel; wenige Wochen später war allerdings die Koalition aus CDU und FDP perfekt.

[1] LD: Liberale Demokraten, die sich im November 1982 als Reaktion auf die Bonner Wende von der FDP abgespaltet hatten. In Dieburg traten die Liberalen Demokraten 1997 letztmalig zur Kommunalwahl an.

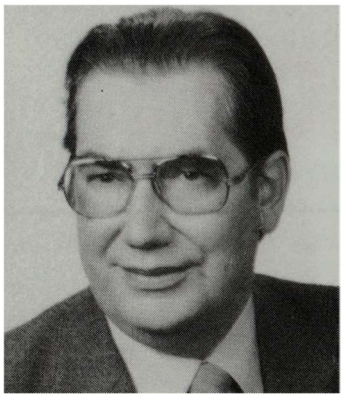


Abbildung 11: Josef ("Seppl") Blank

Am 24. Juni 1989 verstarb **Josef („Seppl“) Blank** ganz überraschend:

Erst wenige Wochen zuvor hatte der beliebte SPD-Kommunalpolitiker bei der Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz im Mittelpunkt der Öffentlichkeit gestanden. Und wenige Tage vor seinem Tod hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Josef Blank zum Ehrenstadtrat zu ernennen.

Der Bauingenieur, der aus einer politisch engagierten Familie stammte, kannte wie kein anderer die Dieburger Kommunalpolitik. Von 1963 bis 1968 hatte er als Stadtverordneter, anschließend als ehrenamtlicher Stadtrat mit viel Engagement und Sachverstand an der Entwicklung seiner Heimatstadt mitgearbeitet. Dabei verstand er es, Akzente zu setzen. Sein fachlicher Rat war in der Baukommission ebenso gefragt wie seine Erfahrung und sein ausgeprägter Menschenverstand im Parlament. 1977 und 1981 führte er für eine bessere Politik die SPD-Liste als Spitzenkandidat bei den Kommunalwahlen an. Josef Blanks politisches Engagement machte er auch dadurch deutlich, als er seit 1964 im Aufsichtsrat der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“ tätig war, davon die letzten zwölf Jahre als Vorsitzender. Erst Ende der Wahlperiode bis 1989 hatte er sich von der aktiven Politik verabschiedet.

Bei der Verschwisterung mit der Seine-Stadt Aubergenville stand „Monsieur Cigare“ in der ersten Reihe im Einsatz für die deutsch-französische Freundschaft. In der Partnerstadt ist eine Straße nach ihm benannt. Als Mitglied der „Freien Sängervereinigung“ war Josef Blank den Dieburgern ebenso bekannt wie durch sein Engagement als Fastnachter.

Der SPD-Ortsverein hatte bereits am 20. Mai 1987 von seiner Frau Anneliese Blank Abschied nehmen müssen. Beide waren über Jahrzehnte in der Dieburger SPD sehr engagiert.

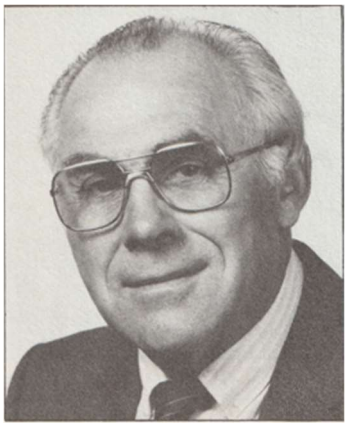


Abbildung 12: Heinrich Beckmann

Heinrich Beckmann wurde am 11. September 1989 zum Ehrenstadtrat ernannt:

1989 endete für Heinrich Beckmann, als er als Ehrenstadtrat verabschiedet wurde, seine am 29. Mai 1952 begonnene kommunalpolitische Laufbahn. Seit 1946 ist er SPD-Mitglied und hatte über einen langen Zeitraum die kommunalpolitische Entwicklung in Dieburg mitgeprägt – wenn auch nur überwiegend aus der Opposition heraus.

Bis 1981 war Heinrich Beckmann mehr als drei Jahrzehnte im Stadtparlament, anschließend bis 1989 im Magistrat tätig; zeitweise fungierte er als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Die SPD-Fraktion leitete er elf Jahre als deren Vorsitzender. Im hiesigen Ortsverein war der Sozialdemokrat 33 Jahre Vorstandsmitglied, davon zehn Jahre Ortsvereins-Vorsitzender. Im Kreistag des ehemaligen Kreises Dieburg war Beckmann acht Jahre Mitglied, davon vier Jahre als stellvertretender und ein Jahr als SPD-Kreistagsfraktions-Vorsitzender; von 1972 bis 1977 war er als ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Mitglied des Kreisausschusses.

Seinen großen Auftritt hatte Heinrich Beckmann bei der Kreisreform, als Dieburg von der seinerzeit von der SPD geführten Landesregierung als einziger südhessischer Landkreis zum Zusammenschluss mit dem Landkreis Darmstadt gezwungen wurde. Damals ging er bei einer Protestversammlung in der Gutenberghalle in Anwesenheit eines hessischen Ministers mutig ans Rednerpult und hielt eine flammende Rede. Das machte Eindruck, hatte aber keinen Erfolg. Die Gebietsreform wurde umgesetzt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg entstand.

Für seine politische Arbeit und Verdienste wurde Heinrich Beckmann 1977 mit dem „Ehrenbrief des Landes Hessen“ ausgezeichnet. Das „Verdienstkreuz am Bande“ bekam er im September 1985 vom damaligen hessischen Kultusminister Karl Schneider verliehen. Im Januar 2012 überreichte ihm Patrick Koch (SPD Hessen-Süd) den Ehrenbrief der SPD und die höchste Auszeichnung der Partei, die Willy-Brandt-Medaille; der SPD-Ortsverein Dieburg ernannte ihn außerdem zu seinem Ehrenvorsitzenden. 2016 wurde Heinrich Beckmann für seine 70-jährige SPD-Mitgliedschaft vom Bundestagsabgeordneten Dr. Jens Zimmermann geehrt. Am Neujahrsempfang 2022, an dem der Genosse Beckmann für 75 Jahre Parteizugehörigkeit geehrt werden sollte, konnte er wegen einer Operation nicht persönlich teilnehmen; wegen der Corona-Pandemie fand die Ehrung erst ein Jahr später statt.

1990er-Jahre — kommunalpolitische Verantwortung

1990 kandidierte mit Dietmar Schöbel erstmals ein Dieburger Genosse im Wahlkreis Odenwald (Wahlkreis 187) für den Deutschen Bundestag. Er erhielt 39,3 % der Erststimmen, musste aber Alexander Warrikoff (44,7 %) von der CDU den Vortritt lassen.

Unter das Motto „SPD, was sonst!“ stellten die Dieburger Sozialdemokraten die **Kommunalwahl** am 07. März **1993**. Sie erhielten 25,9 % der Stimmen (zehn Sitze; minus zwei). Die FDP kam auf 8 % (drei Sitze), Grüne/LD auf 10,5 % (vier Sitze), die CDU sank auf 41,2 % (15 Sitze) und die erstmals angetretene UWD (Unabhängige Wählergemeinschaft Dieburg) bekam 14,3 % (fünf Sitze). Somit konnte die CDU selbst mit den Stimmen der FDP keine Koalition mehr bilden. Diese Gelegenheit nutzten SPD, Grüne/LD und UWD und verständigten sich für die kommende Legislaturperiode auf eine Zusammenarbeit (siehe dazu folgenden Beitrag „Kommunalpolitische Verantwortung von 1993 bis 1997“).

Kommunalpolitische Verantwortung von 1993 bis 1997

SPD, UWD und Grüne/LD formulierten in einer mehrseitigen **Vereinbarung** Eckpunkte zur zukünftigen kommunalpolitischen Zusammenarbeit, die Verkehr, Soziales, Kultur und Sport sowie Umwelt und sonstige Themen betrafen. Die Pläne für einen Tunnelbau im Zuge der Frankfurter Straße unter der Bahn sollten gestoppt, auf Kreisellösungen verzichtet und der Marktplatz bis auf Anlieger vom Verkehr freigehalten werden. Für den „Stadthallenbau“ sollten kostengünstigere Varianten geprüft werden, um anschließend den Bürger entscheiden zu lassen. Die neue Mehrheit wollte an den bestehenden Förderungen von Kindertagesstätten festhalten. In der Stadtjugendpflege wollten die drei Parteien die im Haushalt vorhandene Stelle voll besetzen. An der Altenpflege nach dem „Kleeblatt-Konzept“ sollte sich Dieburg beteiligen und außerdem strebten SPD, UWD und Grüne/LD die Schaffung eines Seniorentreffs „in zentraler Lage“ an.
In der konstituierenden Sitzung des Dieburger Stadtparlaments wählte die neue Mehrheit Dietmar Schöbel zum Stadtverordnetenvorsteher und Roland Resch zum Ersten Stadtrat. Im Magistrat erhielt das Parteien-Trio durch Erweiterung um einen Sitz die Mehrheit.

Bereits in der ersten Arbeitssitzung am 29. April 1993 wurde beschlossen, den Marktplatz von fließendem Verkehr zu befreien sowie die Planungen und Vorarbeiten für den Kreisel am Schlossgartenvorplatz und den Tunnelbau zu stoppen. Letzteres begründete die SPD damit, dass eine Bahnunterführung eine nicht zu verifizierende Menge neuen Durchgangsverkehrs in die Stadt bringe.

Gegen das Aus der Tunnellösung strebte eine vor allem von CDU-Kommunalpolitikern vorangetriebene Initiative „Pro **Bahnunterführung**“ ein Bürgerbegehren an. In Hessen hatte der erste Bürgerentscheid „für die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in der Frankfurter Straße“, durchgeführt am 17. Oktober 1993, zur Folge, dass die diesbezüglichen Planungen wieder aufgenommen werden mussten.
Fast anderthalb Jahre später beschloss eine Mehrheit der Stadtverordneten eine der vorgeschlagenen Realisierungsvarianten. Die SPD-Fraktion war sich einig, dass eine Unterführung nicht die innerstädtischen Probleme lösen werde. Verkehrsentlastung war für die Genossinnen und Genossen ein wesentlicher Punkt für die Gegenposition. Die SPD forderte die Umsetzung des sogenannten „**Planfalls 5.1**“, der als Gesamtkonzept den Bau einer stadtfernen Nordumgehung und einer Westumgehung um Dieburg sowie den Rückbau von Kreuzungen in der Frankfurter und Gr.-Umstädter Straße

vorsah.
Nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand lag der Bau der Umgehungsstraßen zeitlich in weiter Ferne. SPD, Grüne/LD und UWD setzten deshalb im Oktober 1996 eine Fortschreibung der Verkehrsplanung im Stadtparlament durch. Verkehrsberuhigende Maßnahmen sowie Aspekte des innerstädtischen Verkehrs im Hinblick auf Radfahrer, Fußgänger und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) waren dabei zu berücksichtigen.

Mitte 1994, nach einem Jahr der Kooperation des Parteien-Trios, konstatierte Gertrud Meyer-Sauerwein, SPD-Fraktionsvorsitzende, in einem Interview mit dem Dieburger Anzeiger: „Euphorisch sind wir nicht mehr." Mit den Grünen/LD sei die Arbeit einfacher. Problematischer werde es mit der UWD, auch weil sie sich nicht einig sei.

Insgesamt konnte die SPD bis dahin einiges umsetzen. Die Einstellung eines **zweiten Jugendpflegers** und damit eine Aufwertung der Jugendarbeit, die Bereitstellung von Mitteln für den **Ausbau von Radwegen** und die Planung einer **Stadtbuslinie** gehörten dazu.

Darüber hinaus gelang es der sozialdemokratischen Fraktion, wichtige Akzente im Hinblick auf den von ihr bereits Jahrzehnte geforderten **sozialen Wohnungsbau** zu setzen: Auf den Weg gebracht wurde im November 1993 der Bau von zwölf Sozialwohnungen im Neubaugebiet „Auf den Kauten- und Frongrundweg" südlich der verlängerten Schweriner Straße. Bis 1994 fertiggestellt waren die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichteten Häuser in der Lessingstraße und im Minnefeld. Baubeginn für 13 weitere Sozialwohnungen in der Dessauer Straße war Februar 1995. Die Stadt plante weitere 48 Sozialwohnungen im künftigen Wohngebiet „Bei der Limbachsruhe" (heute Kastanienweg). Die SPD konnte somit für sich in diesen vier Jahren die Fertigstellung oder den Baubeginn von 87 Sozialwohnungen bilanzieren, mehr als unter der CDU-Mehrheit seit 1948 je erreicht wurde.

Ein Schritt in Richtung „**Bau einer Kulturhalle**" wurde im September 1993 unternommen. Acht Plan-Alternativen sollten hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Schließlich ging es um geschätzte Kosten in Höhe von bis zu 24 Millionen Mark für die Kulturhalle „Auf der Leer". Bereits vorher kursierte die Vorstellung, zusammen mit der Nachbargemeinde Münster eine Halle im Dieburger Gebiet „Am Nordring" zu errichten — allerdings ohne nachhaltige Ergebnisse. Diskutiert wurde, das AOK-Gelände in der Aschaffenburger Straße anzukaufen und umzubauen. Dieser Vorschlag wurde aber auch von der SPD verworfen.
Seitens der Sozialdemokraten wurde Mitte 1994 die Frage gestellt, ob nicht ein kleineres und kostengünstigeres Objekt für Dieburg vorteilhafter wäre. Die Rede war von einem „Kulturzentrum" bei der Ludwigshalle, das von allen genutzt werden könne und mit einem Kostenaufwand von elf Millionen Mark auch bezahlbar wäre.
Im Januar 1996 machte sich die SPD-Fraktion für den Ausbau der Ludwigshalle oder einen Neubau an gleicher Stelle stark.

Die langanhaltende Diskussion und **die Entscheidung um den Kreuzungsausbau „Hinter der Schießmauer/Rheingaustraße"** führte Mitte 1995 schließlich zum **Bruch des Bündnisses**. SPD, UWD und Grüne/LD hatten die sogenannte T-Kreuzung mit Ampelanlage favorisiert, die aus ihrer Sicht Radfahrern und Fußgängern mehr Sicherheit bot. Bei der Abstimmung votierte ein Fraktionsmitglied der UWD für die von der CDU beantragte Kreisellösung.
Die SPD kündigte daraufhin am 03. Juli 1995 die immer mehr zur Belastung gewordene Zusammenarbeit mit der UWD auf; Dietmar Schöbel trat als Stadtverordnetenvorsteher zurück. An das zwei Jahre zuvor verabschiedete Bündnispapier sah sich die SPD nicht mehr gebunden.

Bei der nach dem Rücktritt notwendigen erneuten Wahl des Stadtverordnetenvorstehers im September 1995 wurde Dietmar Schöbel abermals nominiert und setze sich mit 19 zu 18 Stimmen gegen den Kandidaten der CDU durch.
Im weiteren Verlauf der Wahlperiode arbeitete die SPD mit wechselnden Mehrheiten.

Viele Sitzungen führten im Herbst 1995 zur neuen **Richtlinie zum Verkauf von städtischen Grundstücken**, zur Bestellung von Erbbaurechten sowie zu Bodenordnungsverfahren in künftigen Neubaugebieten. Vor allem die sozialen Aspekte spielten bei der von den Sozialdemokraten bereits zu Beginn der Legislaturperiode angestoßenen Neubearbeitung eine wichtige Rolle. Ein Punktesystem, bei dem die Zahl der Kinder, möglicherweise vorhandene behinderte Familienmitglieder sowie die Höhe des Familieneinkommens zu berücksichtigen waren, sollte für mehr Gerechtigkeit bei der Vergabe kommunalen Baugrunds sorgen.

Die Richtlinie ist noch heute gültig.

Dieburg war dabei, als sich Anfang 1996 die „**Gersprenz Seniorendienstleistungen gemeinnützige GmbH**“ mit Sitz in Reinheim gründete. Deren Aufgabe war der Bau und der Betrieb von Einrichtungen der Sozial- und Altenpflege im Bereich des Altkreises Dieburg nach dem sogenannten „**Kleeblatt-Modell**“ [2]. Dem Zusammenschluss gehörten der Landkreis sowie neun Kommunen im Ostteil des Kreises an. Die Gründung der Gesellschaft und die hierfür zur Verfügung gestellten Landes- und Bundesmittel waren auch ein Verdienst des Kreisbeigeordneten Dietmar Schöbel als Dezernent für Sozialplanung. Allerdings war die vor allem von den Sozialdemokraten seit Jahren geforderte Einbindung der Dieburger Seniorenwohn- und -pflegeanlage zum Start des Kleeblatt-Modells nicht geglückt. Die beteiligten Gesellschafter wollten offenbar die von der Stadt Dieburg gestellten Bedingungen für die Übernahme ihres Altenheims in der vorgelegten Form nicht mittragen. Die neue politische Mehrheit bewirkte in der nächsten Wahlperiode, dass das Altenheim trotz heftigen Widerstands der SPD von der St.-Rochus-Stiftung übernommen wurde.

Sehr emotional geführt wurde die Diskussion um die sogenannte „**Schepp Allee**“ im Schlossgarten. Es handelte sich um eine Lindenallee, deren Bäume stark umsturzgefährdet schienen und daher im Rahmen eines schrittweise umzusetzenden Sanierungskonzepts gefällt werden sollten. Auch hier hatte sich eine Bürgerinitiative „Rettet die Linden“ gebildet, an der sich SPDler beteiligten. Letztendlich wurde die Allee unmittelbar nach der Kommunalwahl 1997 gefällt.

Als politischen Erfolg der Genossinnen und Genossen waren in dieser Wahlperiode die Bezuschussung von Krabbelstuben sowie die Eröffnung zweier weiterer Kindergärten zu verbuchen. In der Zeit ihrer Regierungsverantwortung von 1993 bis 1997 erreichte die SPD, dass trotz sehr ungünstiger Randbedingungen die Verschuldung von 1448 Mark (1993) auf 1273 Mark pro Kopf gesenkt werden konnte.

[2] Kleeblatt-Modell: Verteilung der benötigten Plätze auf kleine Häuser mit maximal 30 Betten. Auf diesem Weg sollte in den jeweiligen Gemeinden eine pflegerische Infrastruktur für die Mitbürgerinnen und Mitbürger geschaffen werden. Die Pflegeeinrichtungen sollten direkt zu den Menschen kommen — und nicht umgekehrt.

Vier Jahre später, bei der **Kommunalwahl** am 02. März **1997**, hatte die Wahlbeteiligung mit 69 % ihren tiefsten Stand bei einer Kommunalwahl seit 1946 erreicht. Die SPD erhielt 23,9 % und damit zwei Prozentpunkte weniger als 1993; die Anzahl ihrer Sitze im Stadtparlament verringerte sich um einen Sitz von zehn auf nun neun Sitze. Die CDU ging mit 19 Stadtverordneten aus der Wahl hervor und erzielte somit wieder die absolute Mehrheit. Das Dreierbündnis scheiterte vor allem an der Bahnunterführung. Wie schon das Bürgerbegehren gezeigt hatte, war die Mehrheit der Dieburger Bevölkerung für diese Unterführung.

Durch die Volksabstimmung vom 20. Januar 1991 wurde in Hessen die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte ab dem 01. April 1993 in der Landesverfassung (Art. 138 und 161 HVerf.) verankert. Die Amtszeit beträgt seither sechs Jahre.

Am 16. April **1993** wurde daher in Dieburg der **Bürgermeister erstmals** für sechs Jahre **direkt gewählt**. Als Bürgermeisterkandidatin der SPD ging **Gertrud Meyer-Sauerwein** ins Rennen. Ihre kommunalpolitischen Pläne für ein neues Dieburg umfassten gute Jugend- und Seniorenarbeit, ein Radwegenetz sowie kulturelles und sportliches Leben. Der Bau von Sozialwohnungen hatte für die Genossin hohen Stellenwert. Gertrud Meyer-Sauerweil dachte auch an eine Kulturwoche, die zusammen mit Vereinen und Schulen hätte veranstaltet werden können. Sie erhielt 22,4 % der gültigen Stimmen und musste Peter Christ (64 %) von der CDU den Vortritt lassen.

1999 wurde **Astrid Starke** von der Mitgliederversammlung zur **Bürgermeisterkandidatin** nominiert. Unterstützung für diese Direktwahl bekam die SPD auch von der Fraktion Grüne/LD. Astrid Starke wollte die gewachsene Struktur Dieburgs erhalten und sie als lebendigen Mittelpunkt ausbauen. Insbesondere sollte die Stadt attraktiver für Familien werden. Die Weiterenwicklung des Gewerbegebiets, eine ausgewogene innerstädtische Entwicklung, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an öffentlichen Planungen sowie eine moderne Verwaltung waren für sie von großer Bedeutung. Astrid Starke erhielt bei der Wahl am 25. April 1999 einen Stimmenanteil von 25,2 %. Gewählt wurde Peter Christ mit 59,1 %.

Astrid Starke verstarb ganz überraschend im Jahr 2014.

Abbildung 13: Bürgermeisterkandidatin der SPD 1999

2000er-Jahre — Kumulieren und Panaschieren, 100-jähriges Jubiläum

Mit dem Gesetz vom 23. Dezember 1999 wurde das Kommunalwahlrecht völlig neu geregelt und die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens eingeführt. Gleichzeitig wurde die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert; die 5-%-Hürde wurde abgeschafft.

Bei der **Kommunalwahl 2001** erreichte die SPD einen Zugewinn und kam auf 28 % (plus 4,1 Prozentpunkte) der Stimmen und zehn Stadtverordnetensitze. Überrascht war die SPD (neben FDP und UWD), als es bei der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung zu einer schwarz-grünen Kooperation kam. Ärgerlich war in diesem Zusammenhang, dass der SPD zwei Magistratssitze zugestanden hätten, sie aber aufgrund der gemeinsamen Liste von CDU und GRÜNEN nur einen erhielt. Auch wurde ein Antrag der UWD abgelehnt, den Magistrat auf sieben Sitze zu erweitern. Somit war die SPD mit einem Stimmenanteil von 28 % genauso im Magistrat vertreten wie die GRÜNEN (10,1 %) und die FDP (9,2 %).

Fünf Jahre später, bei der **Kommunalwahl** am 26. März **2006**, erreichte die hiesige SPD 21,9 % (minus 6,1 Prozentpunkte) und acht Sitze (minus zwei Sitze) im Stadtparlament. Innerhalb von zwei Wochen stand die Koalition aus CDU und FDP fest.

Die SPD Dieburg feierte **2003** in der Ludwigshalle Jubiläum. Vor hundert Jahren war auch in Dieburg die SPD auf der kommunalpolitischen Bühne erschienen. Zum **100-jährigen Jubiläum** waren viele Gäste gekommen, die von der Vorsitzenden des 130 Mitglieder zählenden SPD-Ortvereins Dieburg, Astrid Starke, begrüßt wurden: Bundes- und Landtagsabgeordnete, Vertreter aus benachbarten SPD-Ortsvereinen und von Dieburger Vereinen und Parteien.

Abbildung 14: Festschrift zum 100-jährigen SPD-Jubiläum

Im September 2004 nominierten die Mitglieder **Markus Resch** zum **Bürgermeisterkandidaten**. Als seine kommunalpolitischen Ziele nannte Markus Resch unter anderem mehr Bürgerbeteiligung in Sachen Fachhochschule, Schlossgarten, Ludwigshalle und städtischen Sportplatz; diese Themen wollte er zur Chefsache erheben. Für ganz Dieburg forderte er ein Stadtmarketing und die Kommunikation im Rathaus wollte Markus Resch verbessern. Mehr Realismus und weniger Wunschdenken waren seiner Meinung nach in Dieburg derzeit das Gebot der Stunde.

Bei den Bürgermeisterwahlen am 24. April **2005** erhielt Markus Resch 20 % der Stimmen. Zwischen Peter Christ (46,4 %) von der CDU und dem parteilosen Dr. Werner Thomas (33, 6 %) kam es zur Stichwahl am 08. Mai 2005. Dr. Werner Thomas (3.275 St. = 50,3 %) gewann hauchdünn mit lediglich 34 Stimmen vor Peter Christ (3.241 St. = 49,7 %). Zuvor hatten sich SPD-Vorstand und -Fraktion für den unabhängigen Kandidaten Dr. Werner Thomas ausgesprochen.

Abbildung 15: Kommunalwahlprogramm 2011 der SPD Dieburg

Unter das Motto „Neu denken — SPD wählen“ stellte die Dieburger SPD ihr Kommunalwahlprogramm 2011. Die Sozialdemokraten wollten trotz leerer Kassen eine bürgernahe Politik gestalten und sich den Herausforderungen stellen. Gegenüber 2006 konnten sich die Sozialdemokraten bei der **Kommunalwahl** am 27. März **2011** um 1,7 Prozentpunkte und einen zusätzlichen Parlamentssitz leicht verbessern. Die bisherige Koalition aus CDU — mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1946 — und FDP hatte ihre Mehrheit eingebüßt. CDU und GRÜNE überraschten mit einem Revival einer Kooperationsvereinbarung, wie sie bereits 2001 schon einmal geschlossen worden war. Aus Sicht der Genossen wurde eine Chance vertan, für einen Neuanfang in der Dieburger Kommunalpolitik mit sozioökologischen Schwerpunkten zu sorgen. Auch beanstandete die SPD die Vergabe der Posten bei den ehrenamtlichen Stadträten, bei der die CDU-Kandidatin den Vorzug vor dem Genossen Konrad Kurbel erhielt, der bei der Kommunalwahl ca. 400 Stimmen mehr bekommen hatte. Ob das den Wählerwillen widerspiegelte, bezweifelten die Sozialdemokraten sehr. Die SPD blieb in der Opposition.

„Politik für ein liebenswertes Dieburg!“ war das Motto der SPD im **Kommunalwahl**kampf **2016**. Die Sozialdemokraten wollten dafür eintreten, den Menschen in der Stadt attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten zu bieten und eine kulturelle vielfältige Stadt sowie ein Umfeld mit hoher Lebensqualität schaffen.
Bei der Kommunalwahl am 06. März 2016 erhielt die SPD 22,3 % (minus 1,3 Prozentpunkte gegenüber 2011) und damit acht Parlamentssitze.
Erneut kam es zu einer schwarz-grünen Kooperation im Stadtparlament. Mit den Stimmen der SPD wurde in der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung am 21. April 2016 erstmals ein Schwimmbadausschuss gebildet. Die SPD-Fraktion legte sich eine Geschäftsordnung zu, die im Mai 2016 verabschiedet wurde.

Abbildung 16: Kommunalwahlprogramm 2016 der SPD Dieburg

Kommunalpolitisch war diese Wahlperiode (bis 2021) eine Zeit der vertagten Entscheidungen. Während beispielsweise der Wassersportverein sein Trainingsbad innerhalb von zwei Jahren zum Richtfest vorantrieb, kamen städtische Projekte kaum vom Fleck. Immer wieder bemängelte die Dieburger SPD die schleppenden Fortschritte der beschlossenen Vorhaben.

Bereits Mitte April 2010 wählten die Mitglieder des Dieburger SPD-Ortsvereins **Ferdinand (“Ferdi“) Böhm** einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl am 27. März 2011. Er war 19 Jahre Stadtverordneter, davon 17 Jahre in der Opposition. Ferdinand Böhm wollte nun selbst gestalten und sich der weiteren Haushaltskonsolidierung widmen, da seiner Meinung nach die Lage der Kommunen in den nächsten Jahren noch schlechter werden würde. Gleichwohl lag ihm der Ausbau der Kinderbetreuung am Herzen, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Berufstätigen. Auch im Bereich der Senioren sah Ferdinand Böhm viel Handlungsbedarf, nicht nur in der Pflege, sondern ebenso bei der Entwicklung spezieller Wohnangebote, die es in Dieburg bisher überhaupt nicht gab. Ferdinand Böhm erreichte bei der **Bürgermeisterwahl 2011** 12,3 % der Stimmen. Mit überwältigender Mehrheit votierten die Dieburg Bürgerinnen und Bürger für den damals noch parteilosen Dr. Werner Thomas, der mehr als 70 % der Stimmen erhielt. Auf dem zweiten Platz landete Dr. Harald Schöning von der CDU (17,1 %).

Zur **Bürgermeisterwahl 2017** fand sich **kein SPD-Kandidat**. Stattdessen unterstütze die SPD den parteilosen Thomas Disser, der auf 15,9 % der gültigen Stimmen kam. Gewählt wurde mit 50,2 % der parteilose Frank Haus, der zuvor aus der CDU ausgetreten war.

Nach 25 Jahren wurde Albrecht Treusch Mitte 2013 als Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Landkreis Darmstadt-Dieburg abgelöst, gehörte als Beisitzer jedoch weiterhin dem Vorstand an. Weitere Vorstandsmitglieder aus dem Ortsverein Dieburg waren Thomas Bischoff (stellvertretender Vorsitzender), Rotraut Treusch und Robert Mueller (jeweils Beisitzer).

Abbildung 17: Dietmar Schöbel

Zum Jahresende 2012 schied **Dietmar Schöbel** aus dem Kreistag Darmstadt-Dieburg aus:
Als Mann der ersten Stunde des neu gegründeten Landkreises Darmstadt-Dieburg verließ Dietmar Schöbel zum Jahresende 2012 nach mehr als 40 Jahren politischer Aktivität die politische Bühne. Als Stimme der Dieburger SPD im Kreis und SPD-Unterbezirk hatte er zunächst als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, vor allem aber als Kreisbeigeordneter und Dezernent für Schule, Jugend und Soziales nachhaltige Akzente gesetzt. Für seine Leistungen wurde er vom Kreistag mit der Verdienstnadel in Gold des Landkreises Darmstadt-Dieburg ausgezeichnet.
Auch in Dieburg engagierte sich Schöbel über 20 Jahre ehrenamtlich als Stadtverordneter und von 1993 bis 1997 als Stadtverordnetenvorsteher. Die Förderung der Vereine und die Partnerschaft mit Mladá Boleslav waren ihm ein besonderes Anliegen. Am 15. November 2003 wurde er zum Ehrenstadtverordneten und zum Ehrenmitglied des Partnerschaftskomitees ernannt.

Seine Kandidatur 1990 für den Deutschen Bundestag wurde bereits erwähnt.

Da sich Dietmar Schöbel auch im Sport und als langjähriger Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Dieburg sozial engagierte hatte, wurde ihm im Dezember 2014 das „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ verliehen. Für Verdienste für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ehrte ihn die Partei im Januar 2014 mit der Willy-Brandt-Medaille, der höchsten Auszeichnung der SPD.

Abbildung 18: Roland Resch

Am 12.11.2018 wurde **Roland Resch** zum Ehrenstadtrat ernannt:

Ehrenstadtrat wird gemäß Hauptsatzung nur, wer mindestens zwanzig Jahre das Amt des Stadtrates ausgeübt hat. Von 1993 bis 1997 amtierte Roland Resch für den Magistrat als Erster Stadtrat — der zweite Erste Stadtrat nach dem Krieg, den die SPD stellte — und damit als Vertreter des Bürgermeisters und danach von 2001 bis April 2018 als Stadtrat, also insgesamt 21 Jahre.

Ab 1968 engagierte sich Roland Resch in der Juso-AG und trat 1971 in die SPD ein. Von 1974 bis 1976 führte er den Ortsverein Dieburg als Vorsitzender. 1981 wurde er erstmals Stadtverordneter und auch gleich zum SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Diese Funktion übte er bis Anfang 1988 aus. In der Zeit, 1987, wurde das Stadtoberhaupt noch vom Stadtparlament gewählt und Roland Resch kandidierte für das Bürgermeisteramt in Dieburg, verlor aber nur knapp mit einer Stimme gegen den CDU-Kontrahenten. Als Stadtverordneter fungierte Roland Resch durchgehend bis 1993 und von 1997 bis 2001. Von 1991 bis 1993 nahm er das Amt des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers wahr. Viele Jahre war er Mitglied des Finanzausschusses — vier Jahre auch als stellvertretender Ausschussvorsitzender — sowie der Baukommission.

Auch im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg war Roland Resch von 1981 bis 1985 als Abgeordneter aktiv.

Anlässlich des Frühjahrsempfangs 2016 des SPD-Ortsvereins Dieburg wurde Roland Resch für seine jahrzehntelangen Verdienste um die Sozialdemokratie mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Die Medaille, benannt nach dem Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, ist die höchste Auszeichnung, die die Partei an ihre Mitglieder vergibt.

2020er-Jahre — jetzt drittstärkste Kraft

Abbildung 19: Kommunalwahlprogramm 2021 der SPD Dieburg

In ihrem Programm zur **Kommunalwahl 2021** hatte die SPD für Dieburg als eine offene, eine lebens- und liebenswerte Stadt mit hoher Lebensqualität geworben, in der die attraktiven Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten beibehalten und fortentwickelt werden sollten.
Die am 14. März 2021 unter Corona-Bedingungen durchgeführte Kommunalwahl brachte der SPD 17,85 % und sieben Mandate. Nach CDU (35,91 %, 13 Sitze) und GRÜNEN (22,74 %, acht Sitze) war die SPD nur noch drittstärkste Kraft in Dieburg. Die UWD erhielt 14,22 % und fünf Mandate im Stadtparlament, die FDP 9,28 % und vier Sitze. Durch den sehr hohen Anteil von Briefwählern stieg die Wahlbeteiligung auf 57,9 %, ein Plus von 6,4 Prozentpunkten gegenüber 2016 (51,5 %).
Die SPD strebte eine Zusammenarbeit mit GRÜNEN und UWD an. Letztendlich bildeten jedoch CDU, FDP und UWD eine Kooperation. Christian Wohlrab — zuvor in der neuen Fraktion bestätigter Vorsitzender — erklärte dazu. „Wir wären gerne eine Koalition eingegangen, hätten als zuverlässiger und fachkundiger Partner in einer Regierungsmehrheit mitgewirkt."

Bei der **Bürgermeisterwahl 2023** stellten die Sozialdemokraten erneut keinen Kanditen bzw. keine Kandidatin. Die SPD Dieburg hatte sich sehr intensiv mit dem Thema Bürgermeisterwahl auseinandergesetzt, jedoch leider ohne Erfolg, wie Sabine Schnurr, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, bedauerte. Mit einigen Bewerbern, die vom Grunde her für das Amt des Bürgermeisters geeignet und dazu fähig gewesen wären, hatte man gesprochen. Trotzdem hatte sich keine Bewerberin und kein Bewerber zu einer Kandidatur entscheiden können. Dafür gab es sehr unterschiedliche und teilweise sehr persönlichen Gründe.
Gewählt wurde mit 73,65 % erneut der parteilose Frank Haus.

Frauen in der SPD, ASF in Dieburg

Die Sozialdemokratie hat vieles angestoßen und durchgesetzt, um die soziale Lage der Frauen und ihre politischen und gesellschaftlichen Rechte zu verbessern. An diese Erfolge knüpft die SPD heute an.

Nach Kriegsende wurde in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die Gleichberechtigung festgeschrieben, wobei die tatsächliche Gleichstellung in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft noch nicht verwirklicht war. Seit 1968 entstand in der Bundesrepublik eine neue, feministisch orientierte Frauenbewegung, die mit Kampagnen gegen den § 218 außerhalb der traditionellen Frauenverbände mobilisierend wirkte und in den 1970er-Jahren mit der Gründung von Frauenzentren und Frauenhäusern neuen Einfluss gewann, der sich auch in der Gesetzgebung niederschlug.

Bis in diese Zeit wurde politische Arbeit auf kommunaler Ebene von Männern dominiert. Trotzdem gab es Frauen, die sich politisch in Dieburg engagierten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Sozialdemokratinnen Anna Gondolf, Emilie Lorenz und Margareta Blank, die ab 1946 bis 1960 zu verschiedenen Wahlperioden in den Kreistag des Landkreises Dieburg gewählt worden waren.
Auf der SPD-Kandidatenliste zur Kommunalwahl 1972 war mit Anneliese Blank nur eine Frau vertreten. Um auf sich aufmerksam zu machen, aber auch um andere zu ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden, gingen die Frauen 1977 mit einem eigenen Flyer in den Kommunalwahlkampf. Vom männlichen Widerstand ließen sie sich nicht entmutigen.

Am 24. Juni 1972 beschloss der Parteivorstand der SPD, eine „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“ (ASF) einzurichten, deren Hauptziel die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft war. Im SPD-Ortsverein Dieburg trafen sich im November 1985 Frauen zur Gründung einer örtlichen ASF. Deren erste Vorsitzende wurde Rotraut Treusch, die auch viele Jahre als Schriftführerin des Vorstandes fungierte und als Bundesdelegierte für die Einführung der Quotenregelung votierte. Folgerichtig machten sich auch die Dieburger Frauen stark für die Quote, um dadurch eine paritätische Besetzung von Führungspositionen innerhalb des Ortsvereins zu erreichen. Eine Geschlechterquote von mindestens 33 % galt für die gesamte Partei seit dem SPD-Parteitag 1988 in Münster für alle Wahlen innerhalb der Partei und bei allen Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen. Seit 1994 sind es 40 %.

Die sozialdemokratischen Frauen waren sehr engagiert im Ortsverein, in der Stadtverordnetenversammlung, im Kreistag und im Seniorenbeirat, dessen Vorsitzende die Genossin Anneliese Höhle-Vogel eine Zeit lang war. 1989 führte mit Monika Dambier-Blank erstmals eine Genossin die SPD-Liste bei einer Kommunalwahl als Spitzenkandidatin an. Bei der ersten Direktwahl des Bürgermeisters am 16. April 1993 kandidierte Gertrud Meyer-Sauerwein und erhielt 22,4 % der gültigen Stimmen. Sechs Jahre später, 1999, schickte die Mitgliederversammlung mit Astrid Starke erneut eine Frau ins Rennen um den Bürgermeisterposten; sie kam auf 25,2 % und erreichte damit das beste Ergebnis aller SPD-Direktkandidaten für das Bürgermeisteramt. Vier der letzten sechs Fraktionsvorsitzenden waren Frauen: Monika Dambier-Blank, Gertrud Meyer-Sauerwein, Sabine Schröder und Katharina Müller. Seit 1999 waren vier der sieben Ortsvereinsvorsitzenden Frauen: Astrid Starke, Ute Grimm, Katharina Müller und Sabine Schnurr. Auch im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg waren die Frauen des SPD-Ortsvereins Dieburg mit Helga Emig, Astrid Starke, Sabine Schröder, Katharina Müller und Anna Wellbrock stark vertreten.

Der Ortsverein Dieburg hat seit den 90er-Jahren eine starke Beteiligung sozialdemokratischer Frauen. Im Unterbezirk Darmstadt-Dieburg machen sie sich weiterhin für Chancengleichheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen stark.

Rotraut Treusch
Angestellte
33 Jahre alt
Wilhelm-Leuschner-Straße 19

Ruth Hierse
Konrektorin
55 Jahre alt
Am Hänisgraben 22

„Solange die Frauen ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft nicht als Aufgabe begreifen, vermindern sich die Chancen für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität."

Aus: Orientierungsrahmen '85 (4.6.2.11)

Monika Dambier-Blank
Studienreferendarin
24 Jahre alt
Weimarer Straße 13

Gabriele Schneberger
Hausfrau
27 Jahre alt
Frankfurter Straße 30

SPD
Sozialdemokraten
Dieburg

● Frauen sind
in der Wahrnehmung politischer Ämter und in der Übernahme gleichberechtigter politischer Verantwortung erheblich benachteiligt.

● Frauen sind
in ihrer Stellung in der Gesellschaft sowie in der Familie immer wieder mit sozialen Problemen konfrontiert.

● Frauen sind
im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und zu den Wahlberechtigten in den Parlamenten zu schwach vertreten. Im Dieburger Stadtparlament gibt es nur eine Frau (SPD) gegenüber 36 Männern.

● Wir Frauen wollen
daß der Wähler begreift, daß es nicht darum geht, sich gegenseitig zu emanzipieren, sondern zu solidarisieren, damit Männer und Frauen sozialdemokratische Ziele gemeinsam erleben können.

● Wir Frauen wollen
erreichen, daß unsere Tätigkeiten auf sozialem Gebiet anerkannt werden und wir mehr Möglichkeiten erhalten, unsere berechtigten Forderungen im sozialen Bereich durchzusetzen.

● Wir Frauen wollen
daß Sie uns wählen. Damit unterstützen Sie eine Politik, die mit der **Gleichstellung der Frau** ernst macht. Somit geben Sie der SPD die Möglichkeit, ihre Politik der Aufhebung von Benachteiligungen, auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, glaubhaft zu vertreten.

SPD Frauen wählen
SPD Frauen wählen
SPD Frauen wählen
SPD Frauen wählen
SPD Frauen wählen
SPD Frauen wählen

Abbildung 20: Flyer der SPD-Frauen zum Kommunalwahlkampf 1977

Jungsozialisten in der SPD

Die Gründung der Jungsozialisten wird auf das Jahr 1914 datiert. Der Münchner Felix Fechenbach gründete die „Jugend-Sektion“ des „Sozialdemokratischen Vereins München“. Er war es, der erstmals die Bezeichnung „Jungsozialisten“ (Jusos) verwendete. Fechenbach setzte sich vehement dafür ein, dass die Jugendlichen innerhalb der SPD ein „starkes geistiges und politisches Eigenleben“ führen.

Mit dem Parteitag in Hannover 1946 wurden in den Ortsvereinen Juso-Arbeitsgemeinschaften für die Mitglieder zwischen 18 und 35 Jahren eingeführt. Dort konnten junge Menschen auch ohne Parteibuch mitarbeiten.

Abbildung 21: Juso-Logo in den 1970ern und danach

Im Dieburger SPD-Ortsverein fanden sich zu Beginn der 1970er-Jahre von Willy Brandt und dessen Politik der Verständigung mit dem Osten motivierte junge Leute zusammen und gründeten die „Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten“. Unter ihnen waren Georg Lemke, Hans Schlipf und Klaus-Joachim Rink, die bei den Kommunalwahlen 1972 ins Stadtparlament einzogen, sowie Monika Dambier-Blank, die 1977 SPD-Stadtverordnete wurde. Die Verjüngung von Vorstand und Fraktion setzte sich die nächsten Jahre fort. Ende der 1970er-Jahre vertrat die SPD-Jugendorganisation in ihrer gesamten Breite durchaus marxistisches Gedankengut, wie beispielsweise die These vom „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“, kurz Stamokap.

Bis zu Beginn der 1980er-Jahre gab es im SPD-Ortsverein Dieburg mehr als 50 Genossinnen und Genossen im Juso-Alter (ca. 25 % der Mitgliedschaft). Zu den wöchentlichen Treffen kamen jeweils ein Dutzend und mehr junge Menschen, um zu diskutieren und politisch mitzugestalten. Darunter waren auch Nicht-SPD-Mitglieder. Eine der Forderungen der Dieburger Jusos war ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Maßgeblich initiierten sie die Gründung des Stadtjugendringes und stellten mit Holger Poth dessen ersten Vorsitzenden. Dieburger Jusos nahmen auch an der Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten gegen Aufrüstung und Atomwaffen und regelmäßig an den Ostermärschen teil. Durchaus kontrovers diskutiert wurde im Ortsverein die für 1983 geplante Volkszählung, die aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts letztendlich auf das Jahr 1987 verschoben und neu konzipiert werden musste. Vor allem von den Jungsozialisten wurde der Zensus möglicherweise als Schritt in Richtung Überwachungsstaat gesehen. Zu den weiteren zahlreichen Aktivitäten der Jusos gehörten im genannten Jahrzehnt die teilweise zusammen mit der ASF organisierten Kinderfeste sowie Filmabende und andere Unternehmungen.

Abbildung 22: Aktuelles Juso-Logo

In den 1990er-Jahren kam es zu gemeinsamen Aktivitäten mit benachbarten Juso-AGs. Ab den 2000er-Jahren verlagerten sich Organisation und Arbeit mehr und mehr auf die Unterbezirksebene; dort brachten sich auch junge SPD-Mitglieder aus Dieburg ein. Eines der aktuellen Themen zu jener Zeit war beispielsweise die schulpolitische Entwicklung im Landkreis.
Im Laufe der Jahre änderten sich die Arbeitsschwerpunkte der „Jungen Sozialdemokraten“; sie wurden eine wichtige Stütze in Wahlkämpfen. Dabei forderten sie bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen, bessere Bahnverbindungen, die Förderung von Ausbildungsplätzen und mehr Digitalisierung an Schulen. Circa 300 junge Menschen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg engagieren sich heute mit viel Elan, Teamgeist und natürlich Spaß an der Politik.

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Die AG SPD 60 plus ist eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, die im Rahmen der politischen Willensbildung und im organisatorischen Aufbau der Partei eine besondere Bedeutung hat. Ihr Ziel ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten, das Engagement der Älteren zu fördern sowie Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen. Der AG SPD 60 plus gehören automatisch alle SPD-Mitglieder ab dem 60. Lebensjahr an. Darüber hinaus sind Nicht-Parteimitglieder und in der Seniorenarbeit Tätige, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zur Mitarbeit eingeladen. Die Gründung auf Bundesebene erfolgte 1994 unter dem Vorsitz von Hans-Ulrich Klose.

Im SPD-Ortsverein Dieburg engagierte sich der Genosse Walter Buch in den 1990er-Jahren bereits im Sinne der AG SPD 60 plus für die Belange der Seniorinnen und Senioren. Er war der erste ehrenamtliche Seniorenbeauftragte des Landkreises Darmstadt-Dieburg und hatte das Amt von 1993 bis 1997 inne. Walter Buch und Anneliese Höhle-Vogel vertraten den SPD-Ortsverein Dieburg in der neu gegründeten AG SPD 60 plus im SPD-Unterbezirk.

Bis in die Gegenwart hinein ist die AG SPD 60 plus überaus aktiv und beteiligt sich rege und regelmäßig an der politischen Willensbildung in der SPD. Eine große Anzahl von Genossinnen und Genossen (z. B. Konrad Kurbel) aus dem SPD-Ortsverein arbeiteten über die Jahre in der AG SPD 60 plus mit. Ferdinand Böhm ist heute Beisitzer im Vorstand.

SPD und Gewerkschaften

Traditionell waren und sind SPD-Mitglieder auch Mitglieder in den Gewerkschaften. Dies gilt auch für Dieburg. Ein Ortskartell wurde gegründet und organisierte vor Ort Gewerkschaftsaktivitäten. Treffpunkt der Gewerkschafter war das Gasthaus „Zur Rose“ (Rachor); hier wurden gewerkschaftliche und politische Themen diskutiert und nach Möglichkeit umgesetzt.

Im Dieburger Stadtparlament waren die Gewerkschaften über viele Jahrzehnte durch die SPD vertreten. Der Genosse Fritz Rautenberg, später auch SPD-Stadtverordneter, war von 1975 bis 1981 Mitglied im Vorstand des DGB-Ortskartells Dieburg und von 1981 bis 2005 dessen Vorsitzender. Sein Nachfolger wurde Thomas Bischoff, ebenfalls SPD-Parlamentarier, der dem DGB-Ortsverband dreizehn (13) Jahre vorstand. Weitere SPD-Mitglieder haben im Vorstand des Ortsverbands mitgearbeitet.

Eine feste Größe bei den Veranstaltungen waren die 1.-Mai-Feiern, erst im Schlossgarten, dann beim Naturfreundehaus auf der Moret. Heute werden die Veranstaltungen auf dem Marktplatz durchgeführt.

Neben der 1.-Mai-Veranstaltung organisierte der DGB Ferienspiele, verschiedene Aktionsbündnisse, zahlreiche Vorträge und Besichtigungen. Die Veranstaltung „Jüdisches Leben in Dieburg“ mit dem Besuch des jüdischen Friedhofs wurde vom damaligen Bürgermeister aufgenommen und ist seither fester Bestandteil der städtischen Aktivitäten.

SPD und Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Marie Juchacz (1879 – 1956) gründete 1919 die AWO als Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD. Zunächst versuchte die AWO, vor allem die Not der durch den Ersten Weltkrieg Geschädigten zu lindern, indem sie Nähstuben, Mittagstische, Werkstätten zur Selbsthilfe und Beratungsstellen einrichtete. Später entwickelte sie sich zu einer Hilfsorganisation für alle sozial bedürftigen Menschen.

In Dieburg wurde der Verein der Arbeiterwohlfahrt um das Jahr 1925 auf Initiative des Genossen Heinrich Knapp gegründet und war aktiv, bis die Nationalsozialisten an die Macht kamen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die AWO 1946 in Hannover als parteipolitisch und konfessionell unabhängige Hilfsorganisation neu gegründet. Zu dieser Zeit wurde auch in Dieburg der AWO-Ortsverein von Mitgliedern der SPD und Unterstützern des sozialen Gedankens erneut ins Leben gerufen. Zahlreiche Dieburger Sozialdemokraten engagierten sich auf Ortsvereins- wie auch auf Kreisebene in der AWO. Viele Jahre lang war Erhard Krocker, SPD-Mitglied und Ehrenstadtrat, erster Vorsitzender der AWO in Dieburg.

Das von Robert Mueller, 2011 stellvertretender AWO-Kreisvorsitzender, stellvertretender DGB- und SPD-Vorsitzender, initiierte Arbeitslosentreffen „Kompass“ wurde von AWO, DGB und SPD zusammen mit weiteren Akteuren betrieben. Aktionen wie Brillen- und Schulranzen-Sammelaktionen fielen in diese Zeit.

Derzeit ist der Genosse Dieter Corban Vorsitzender des Ortsvereins der Dieburger AWO und auch im Vorstand des Kreisverbandes tätig. Weitere aktive Mitglieder sind Claudia Michael und Thomas Bischoff, die ebenfalls das Parteibuch der Sozialdemokraten besitzen.

Der Kreisverband der AWO hat mit den „DISHARMONIKERN“ einen eigenen Chor, bei dem auch Dieburger Genossinnen und Genossen mitwirken.

Aktuelle kommunalpolitische Forderungen der Dieburger SPD

Die Arbeit der SPD-Fraktion orientiert sich bei den aktuellen Themen und Fragestellungen an ihrer langjährigen Programmatik über die Legislaturperioden hinweg.

Aktuell gibt es vier Themenschwerpunkte:

Bauen und Stadtentwicklung

Eines der Themen der Sozialdemokraten ist es, Wohnraumnähe und attraktive Arbeitsplätze zu verbinden. Dafür ist es notwendig, die Baugebiete „Dieburg-Süd“, „Dieburg-West“ und „Auf die Allmendländer“ zu entwickeln sowie die Infrastruktur dafür sicherzustellen. Für „Dieburg-West“ fordert die SPD zunächst ein umfassendes Gesamtkonzept. Die weitere Entwicklung dieses Baugebiets soll nach dem sogenannten „Ulmer Modell“ [3] erfolgen.
Das teilweise als Gewerbe-, Misch- und reines Wohngebiet geplante Areal „Dieburg-Süd“ ist der hiesigen SPD wichtig. Sie bedauert den derzeitigen Stillstand und dass sie ihre Ideen zur Verkehrserschließung nicht durchsetzen konnte.
Für das vorgesehene Gewerbegebiet „Auf die Allmendländer“ ist es aus Sicht der Sozialdemokraten wesentlich, in Zukunft bei der Ansiedlung von Unternehmen auf einen gesunden Mix aus Flächenverbrauch und Anzahl der Arbeitsplätze zu achten. Zukunftsorientierte und innovative Firmen sollen dabei Vorrang haben.

Eine Straßenbeitragssatzung lehnt die SPD ebenso kategorisch ab wie die Erhöhung kommunaler Steuern. Allerdings fordern die Sozialdemokraten die Einführung der Grundsteuer C ab Januar 2025; diese soll Spekulationen verteuern und finanzielle Anreize setzen, auf baureifen Grundstücken tatsächlich Wohnraum zu schaffen.

Die SPD warb für die Auslobung eines Wettbewerbs „Dieburger Vorgarten des Jahres“ und freut sich, dass ihr Antrag zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Entsiegelung von Flächen sowie für die Begrünung der Innenstadt umgesetzt wird.

Bauhof und Feuerwehrstützpunkt sind Sanierungsfälle. Die SPD forderte deshalb deren Neubau. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen Sanierung oder Neubau bestätigen die Sichtweise der SPD.

[3] Ulmer Modell: Kontrolle und Steuerung der Grundstückspreise durch Baulandbevorratung, indem die Stadt systematisch Baugrund zu einem festgelegten Preis kauft, nur als Ganzes bebauen lässt und zu günstigen Preisen an die Bürger weitergibt. Um Bodenspekulation zu vermeiden, darf ein von der Stadt erworbenes Grundstück nie unbebaut an Dritte weiterverkauft werden. Wird nicht gebaut, muss es zum gleichen Preis an die Stadt zurückgehen. Die Stadt behält damit die Kontrolle über den Preis und darüber, was und wie gebaut wird.
Dafür stellt die Stadt Mittel für Grundstücksankäufe in jedem Haushaltsjahr bereit. Gewinne aus Baugrundverkäufen fließen nicht in den allgemeinen Stadtsäckel, sondern stehen für neue Käufe zur Verfügung. Mit dieser Strategie hat die Stadt die Kontrolle über die Grundstückspreise. Damit soll sichergestellt werden, dass Baupreise und Mieten insgesamt in der Stadt erschwinglich bleiben.

Sozialer Wohnungsbau

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Dafür zu sorgen, dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung findet, ist Ziel der Politik der SPD. Letztmalig wurden unter der Ägide der Sozialdemokraten (1993 bis 1997) in Dieburg Sozialwohnungen fertiggestellt und der Bau neuer in die Wege geleitet. Seit dieser Zeit hat sich de facto nichts mehr getan. Geplante bzw. diskutierte Vorhaben konnten oder sollten nicht umgesetzt werden.

Um die Baukosten für interessierte Bauträger zu reduzieren und somit auch den Quadratmeter-Mietpreis auf eine akzeptable Größe zu senken, schlägt die SPD vor, bebaubares Gelände (beispielsweise an der Gr.-Zimmerner Str.) in Erbpacht zu vergeben und nicht zu verkaufen. Außerdem wird der Neubau von Mietwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen seitens des Landes Hessen gefördert. Die SPD stellt sich vor, dass bei zukünftigen Mietwohnungs-Neubauten 25 % des erstellten Wohnraums eine soziale Bindung haben soll.

Weiterhin fordern die Sozialdemokraten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Belegungsrechte der Stadt für bestehende Objekte nicht abgelöst werden.

Familien, Kinder, Senioren

Dieburg ist Schulstandort. Diesen gilt es zu stärken und weiterzuentwickeln. Deshalb bewertet die hiesige SPD den geplanten Schulneubau der Alfred-Delp-Schule am Standort „Dieburg-Süd“ überaus positiv.

Das Betreiben eines städtischen Kindergartens steht bei den Genossinnen und Genossen weiterhin auf der Tagesordnung, auch wenn es hierfür zurzeit keine Mehrheit gibt.

Im Bereich der Seniorenarbeit plädiert die SPD für die Einrichtung eines Seniorenbüros, um mit Projekten und Angeboten den Austausch zwischen Alt und Jung zu fördern.

Dieburg in der Zukunft

Die Welt befindet sich im Umbruch. Klimatische und wirtschaftliche Veränderungen gehen auch an Dieburg nicht vorbei. Es gilt, sich auf die Herausforderungen auch auf kommunaler Ebene einzustellen.

Die Sozialdemokraten unterstützen die Umsetzung der 17 global nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Die Stadt hat hierzu ein Strategiepapier entwickelt, das Maßnahmenvorschläge enthält, die von der SPD mitgetragen werden wie beispielsweise

- die Entwicklung des St.-Rochus-Areals: ein neues Alten- und Pflegeheim, Kurzzeitpflege, ein Ärztezentrum, betreutes Wohnen (Ziel: Gesundheit und Wohlergehen);
- die Errichtung von PV-Anlagen, städtisch und privat (Ziel: bezahlbare, saubere Energie);
- den Einsatz neuer Technologien für Strom und Heizung sowohl in Neubau- als auch in Bestandsgebieten (Ziel: Innovation in Industrie und Infrastruktur).

Es sind gewaltige Aufgaben, die vor uns allen liegen, aber die SPD Dieburg ist bereit, die Herausforderungen anzunehmen und zuversichtlich, dies zum Wohl der Stadt zu meistern.

Anhang: Tabellen und Übersichten

Vorsitzende und Ehrenvorsitzende

1903	—	1919	Bernhard Blank
1919	—	1922	Michael Fuchs
1922	—	1933	Heinrich Knapp (auch Vorsitzender der AWO in Dieburg)
1933	—	1945	Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten
1945	—	1949	Georg Hach (1956 zum Ehrenvorsitzenden der Dieburger SPD ernannt)
1949			Philipp Weiland
1949	—	1956	Georg Hach
1956	—	1961	Karl Blank
1961	—	1970	Heinrich Beckmann (2012 zum Ehrenvorsitzenden der Dieburger SPD ernannt)
1970	—	1971	Norbert Cultus
1971	—	1972	Franz Krimm
1972	—	1974	Dr. Hartmut Wendt
1974	—	1976	Roland Resch
1976	—	1985	Albrecht Treusch
1985	—	1991	Dr. Michael Reuter
1991	—	1994	Jürgen Gräning
1994	—	1996	Manfred Adler
1996	—	1997	Manfred Stemmler
1997	—	1999	Markus Resch
1999	—	2003	Astrid Starke
2003	—	2005	Ute Grimm
2005	—	2007	Markus Resch
2007	—	2009	Katharina Müller
2009	—	2013	Robert Mueller
2013	—	2021	Christian Wohlrab
2021	—	heute	Sabine Schnurr

Fraktionssprecher bzw. -vorsitzende [4]

1907	—	1919 (16.12.1919)	Bernhard Blank
1919 (16.12.1919)	—	1933 (März)	Michael Fuchs
1933	—	1945	Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten
1945	—	1948	Michael Fuchs
1948	—	1952	Karl Diehl
1952	—	1960	Karl Blank
1960	—	1963	Gustav Hoffmann
1963	—	1966 (23.12.1966)	Johannes Brand
1966 (23.12.1966)	—	1977	Heinrich Beckmann
1977	—	1978	Günter Weber
1978	—	1981	Dietmar Schöbel
1981	—	1988 (28.01.1988)	Roland Resch
1988 (28.01.1988)	—	1991 (Januar)	Monika Dambier-Blank
1991 (Januar)	—	1997	Gertrud Meyer-Sauerwein
1997	—	2004 (November)	Sabine Schröder
2004 (November)	—	2011	Katharina Müller
2011	—	2018 (01.05.2018)	Ferdinand Böhm
2018 (01.05.2018)	—	heute	Christian Wohlrab

[4] Bis 1956 wurden die Fraktionsvorsitzenden als Fraktionssprecher bezeichnet.

Erste Stadträte und Magistratsmitglieder [5]

Wahl-jahr [6]	SPD-Magistrats-mitglieder	Bemerkungen
1922	Wilhelm Krug	von der Bevölkerung direkt gewählt; tritt 1928 zurück
1928	Heinrich Knapp	1. Beigeordneter (ab 1952 als 1. Stadtrat bezeichnet) und damit Stellvertreter des Bürgermeisters bis 1933; von der Bevölkerung direkt gewählt
Ab dem 15. Juni 1933 wurden die meisten Funktionäre unter Arrest gestellt; am 22. Juni 1933 wurde die SPD faktisch verboten.		
1946	Georg Hach	1. Beigeordneter (ab 1952 als 1. Stadtrat bezeichnet) und damit Stellvertreter des Bürgermeisters
1948	Georg Hach	1. Beigeordneter (ab 1952 als 1. Stadtrat bezeichnet) und damit Stellvertreter des Bürgermeisters
1952	Georg Hach	1. Stadtrat und damit Stellvertreter des Bürgermeisters
	Karl Diehl	
1956	Georg Hach	1. Stadtrat und damit Stellvertreter des Bürgermeisters
	Heinrich Beckmann	
1960	Karl Adam Blank	
	Ferdinand Christ	
1964	Karl Adam Blank	
	Ferdinand Christ	† 15.07.1965
	Friedrich Baunemann	ab August 1965 als Nachrücker für F. Christ

[5] Erste Stadträte wurden bis 1948 als Erste Beigeordneter bezeichnet; sie waren bzw. sind Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Magistratsmitglieder nannte man bis 1948 Beigeordnete.

[6] Die Amtszeiten vor 1933 sind den Überlieferungen entnommen. Ob diese mit den zahlreichen Wahlperioden der Gemeinde- bzw. Kommunalwahlen im Volksstaat Hessen korrespondieren, konnte nicht mit Sicherheit eruiert werden. Die einzelnen Gemeinde- bzw. Kommunalwahljahre (beispielsweise 1919, 1922, 1925, 1928, 1930) sind deshalb nicht angegeben.
Nach 1946 beziehen sich die Amtszeiten (ab Wahljahr) immer auf die gesamte Wahlperiode, wenn unter „Bemerkungen“ keine andere Angabe vermerkt ist.

Wahl-jahr	SPD-Magistrats-mitglieder	Bemerkungen
1968	Josef Blank	
	Friedrich Fuchs	
1972	Josef Blank	
	Georg Lortz	bis 20.03.1975
	Franz Krimm	ab 20.03.1975 als Nachrücker für G. Lortz
1977	Josef Blank	
	Helmut Seib	bis 12.06.1979
	Josef Enders	ab 12.07.1979 als Nachrücker für H. Seib
1981	Josef Blank	
	Heinrich Beckmann	
1985	Josef Blank	
	Heinrich Beckmann	
1989	Lothar Wenkel	
1993	Roland Resch	1. Stadtrat und damit Stellvertreter des Bürgermeisters
	Lothar Wenkel	bis 31.12.1994
	Walter Buch	ab 06.02.1995 als Nachrücker für L. Wenkel
1997	Walter Buch	
2001	Roland Resch	
2006	Roland Resch	
2011	Roland Resch	
2016	Roland Resch	bis 01.05.2018
	Ferdinand Böhm	ab 01.05.2018 als Nachrücker für R. Resch
2021	Ferdinand Böhm	

Bürgermeisterkandidaten/-kandidatinnen [7]

Für die Wahl zum Bürgermeister/zur Bürgermeisterin durch die Stadtverordnetenversammlung kandidierten von der SPD Dieburg bis zur Einführung der Direktwahl 1992 Josef („Seppl“) Blank und Roland Resch.

Wahl-termin	Bewerber/in	Träger des Wahl-vorschlags	Anzahl Stimmen	%	Wahlbe-teiligung
16.04.1993	Christ, Peter	CDU	3.946	64,0	63,1 %
	Meyer-Sauerwein, Gertrud	SPD	1.382	22,4	
	Hönche, Wolfgang	FDP	834	13,5	
25.04.1999	Christ, Peter	CDU	3.675	59,1	59,6 %
	Starke, Astrid	SPD	1.569	25,2	
	Reuscher, Wilhelm	FDP	972	15,6	
24.04.2005	Christ, Peter	CDU	2.985	46,4	60,2 %
	Resch, Markus	SPD	1.285	20,0	
	Dr. Thomas, Werner [8]		2.157	33,6	
27.03.2011	Dr. Schöning, Harald	CDU	1.055	17,1	57,2 %
	Böhm, Ferdinand	SPD	759	12,3	
	Dr. Thomas, Werner		4.369	70,7	

[7] Zwischen 1919 und 1933 soll es einen Bürgermeisterkandidaten der SPD gegeben haben; belastbare Informationen oder Dokumente dazu gibt es (bisher) nicht.
Seit 1992 wird der Bürgermeister in Hessen von den Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl direkt gewählt (§ 39 HGO). Die erste Bürgermeister-Direktwahl fand am 16. April 1993 statt.

[8] 2005: Stichwahl zwischen Peter Christ (3.241 St. = 49,7 %) und Dr. Werner Thomas (3.275 St. = 50,3 %).

Wahl-termin	Bewerber/in	Träger des Wahl-vorschlags	Anzahl Stimmen	%	Wahlbe-teiligung
12.03.2017	Exner, Renée Christian	CDU	1.517	21,6	58,8 %
	Fischer, Hein Gottfried		32	0,5	
	Haus, Frank		3.526	50,2	
	Marx, Erik		835	11,9	
	Disser, Thomas	von der SPD unterstützt	1.119	15,9	
12.03.2023 [9]	Winkler, Thorsten	CDU	1.503	26,35	48,4 %
	Haus, Frank		4.201	73,65	

[9] 2023: Die SPD stellte keinen/keine Kandidaten/Kandidatin.

Ehrenstadträte und Ehrenstadtverordnete der Dieburger SPD

Ehrenbezeichnungen

Die Stadt Dieburg regelt in § 6 ihrer Hauptsatzung unter anderem Folgendes: Die Stadt kann Personen, die als Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung insgesamt mindestens zwanzig Jahre ihr Mandat oder Amt in der Stadt ausgeübt haben, die Ehrenbezeichnungen „Ehrenstadtverordneter“ (vormals „Stadtältester“) bzw. „Ehrenstadtrat“ verleihen.

Ehrenstadträte

Karl Adam Blank	ernannt am 30.12.1968
Heinrich Beckmann	ernannt am 11.09.1989
Josef Blank	beschlossen am 22.06.1989
Roland Resch	ernannt am 12.11.2018

Ehrenstadtverordnete (vorher Stadtälteste)

Georg Hach	geehrt am 23.05.1961 (als Stadtältester)
Jakob Stork	geehrt am 20.10.1985 (als Stadtältester)
Ludwig Vogel	geehrt am 20.10.1985 (als Stadtältester)
Erhard Krocker	geehrt am 16.10.1997
Dietmar Schöbel	geehrt am 15.11.2003
Gertrud Meyer-Sauerwein	geehrt am 21.11.2016
Konrad Kurbel	geehrt am 29.06.2022

Bundesverdienstkreuz, Willy-Brandt-Medaille

Das Verdienstkreuz am Bande

Der Bundespräsident zeichnet besonders verdiente deutsche Staatsangehörige mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland aus:

Heinrich Beckmann	Bekanntgabe im Bundesanzeiger vom 03.02.1986
Josef Blank	Bekanntgabe im Bundesanzeiger vom 30.06.1989
Dietmar Schöbel	Bekanntgabe im Bundesanzeiger vom 01.02.2015

Willy-Brandt-Medaille

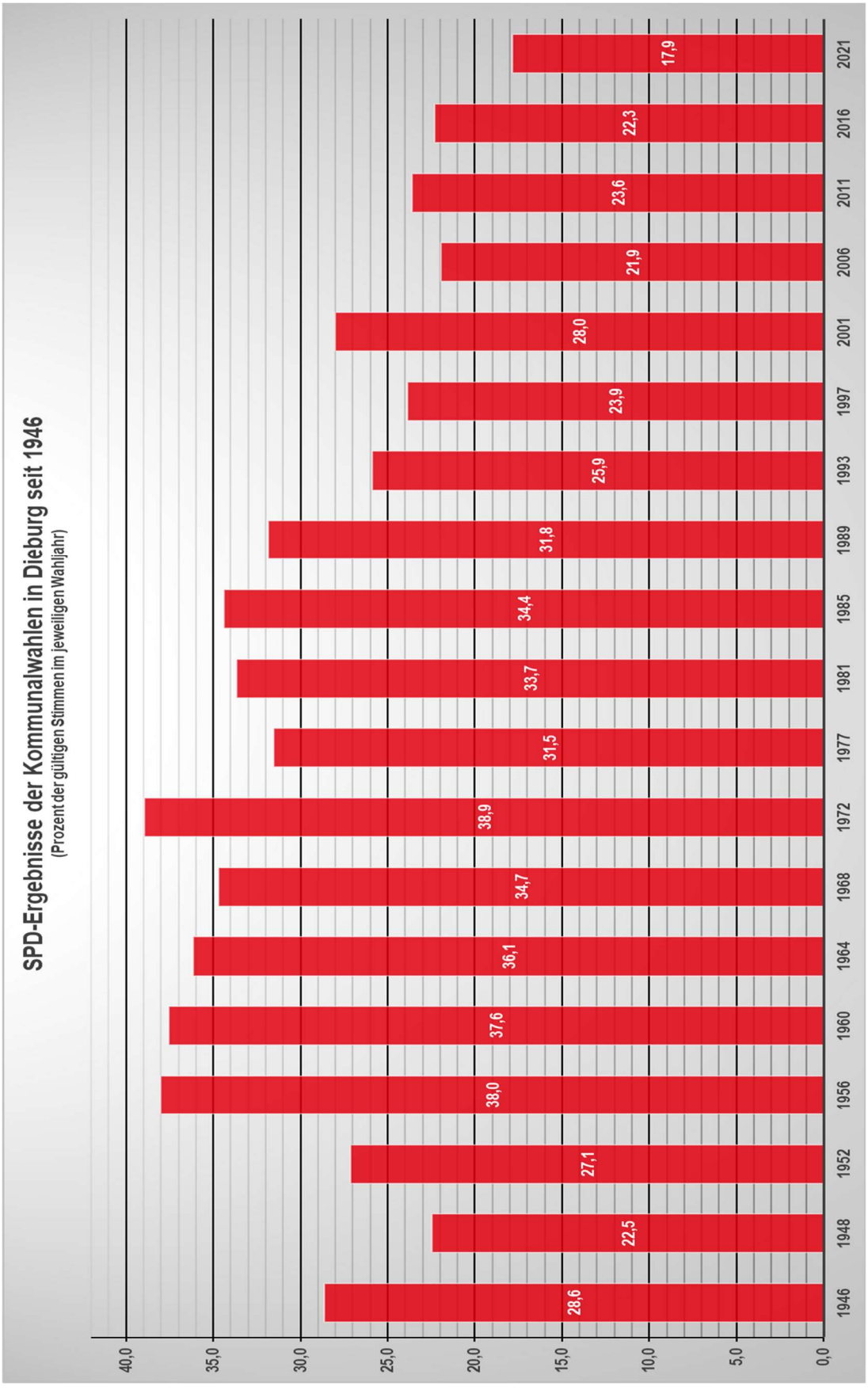
Abbildung 23:
Willy-Brandt-Medaille

Die Willy-Brandt-Medaille (auch: „Gedenkmünze Willy Brandt“) ist eine Auszeichnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die SPD ehrt damit Mitglieder, die sich um die Sozialdemokratie in besonderer Weise verdient gemacht haben. Geschaffen wurde die Auszeichnung durch Beschluss des Parteivorstandes vom 16. Dezember 1996 über die „Richtlinien zur Verleihung von Ehrenbriefen, Urkunden und Parteiabzeichen“.

Die Medaille, benannt nach dem Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, ist die höchste Auszeichnung, die die Partei an ihre Mitglieder vergibt.

Walter Preiß	verliehen im Januar 2011 auf dem Neujahrsempfang
Heinrich Beckmann	verliehen im Januar 2012 auf dem Neujahrsempfang
Rotraut Treusch	verliehen am 18. Oktober 2013 auf der Jahreshauptversammlung
Albrecht Treusch	verliehen am 18. Oktober 2013 auf der Jahreshauptversammlung
Erhard Krocker	verliehen am 18. Oktober 2013 auf der Jahreshauptversammlung
Dietmar Schöbel	verliehen im Januar 2014 auf dem Neujahrsempfang
Roland Resch	verliehen im Februar 2016 auf dem Frühjahrsempfang
Konrad Kurbel	verliehen am 27. März 2022 auf dem Frühjahrsempfang

Kommunalwahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946 (Grafik)



Kommunalwahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946 (Tabelle)

Wahltermin	SPD			Wahl-beteiligung	Stimmenanteil der SPD an der Anzahl der Wahlberechtigten
	Stimmen	%	Sitze		
17.01.1946	1.066	28,6	6	83,1	22,9
25.04.1948	984	22,5	4	90,4	18,5
04.05.1952	1.286	27,1	5	87,5	22,2
28.10.1956	1.904	38,0	7	89,2	32,1
23.10.1960	2.020	37,6	7	89,8	32,1
25.10.1964 [10]	2.061	36,1	10	87,2	30,3
20.10.1968	2.039	34,7	9	85,4	29,1
22.10.1972 [11]	2.685	38,9	14	85,8	33,1
20.03.1977	2.142	31,5	12	82,2	25,3
22.03.1981	2.303	33,7	13	79,4	25,8
10.03.1985	2.419	34,4	13	76,7	25,6
12.03.1989	2.407	31,8	12	79,1	24,4
07.03.1993	1.786	25,9	10	72,7	17,9
02.03.1997	1.642	23,9	9	69,0	16,0
18.03.2001 [12]	58.267	28,0	10	55,6	
gewichtet	1.633				15,2
26.03.2006	38.373	21,9	8	47,9	
gewichtet	1.107				10,1
27.03.2011	49.568	23,6	9	57,4	
gewichtet	1.426				12,9
06.03.2016	45.159	22,3	8	51,5	
gewichtet	1.282				10,8
14.03.2021	42.486	17,9	7	57,9	
gewichtet [13]	1.197				9,9

[10] Ab 1964 waren im Stadtparlament 25 Sitze zu vergeben, weil die Stadt die 10.000-Einwohner-Grenze überschritten hatte.
[11] Ab 1972 waren aufgrund gesetzlicher Änderungen im Stadtparlament 37 Sitze (10.001 bis zu 25.000 Einwohner) zu vergeben.
[12] Erstmals wurde kumuliert und panaschiert.
[13] Gewichtete Stimmen: Vom Hessischen Statistischen Landesamt auf jeweils eine abgegebene Stimme runtergerechnete Werte (wie vor Kumulieren und Panaschieren).

Beste Wahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946

Beste prozentuale Wahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946

Ergebnis	Wahl	Datum
40,72 %	Kreistagswahl	22.10.1972
40,67 %	Landtagswahl	23.11.1958
39,62 %	Bundestagswahl	19.11.1972
39,53 %	Landtagswahl	06.11.1966
38,95 %	Landtagswahl	11.11.1962

Beste absolute Wahlergebnisse der SPD in Dieburg seit 1946

Ergebnis [Stimmen]	Wahl	Datum	Bemerkung
3.032	Bundestagswahl	05.10.1980	die sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wird bestätigt
2.929	Bundestagswahl	22.09.2002	Fortsetzung der seit 1998 regierenden rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder
2.912	Bundestagswahl	27.09.1998	Gerhard Schröder wird erstmals Bundeskanzler
2.845	Bundestagswahl	19.11.1972	Willy Brandt wird als Bundeskanzler wiedergewählt
2.838	Landtagswahl	25.09.1983	Ministerpräsident Holger Börner ist Spitzenkandidat

Dieburger SPD-Mandatsträger in den Kreistagen [14]

Name	Funktion	von	bis	Bemerkung
Landkreis Dieburg				
Anna Gondolf	Kreistagsabgeordnete	1946	1948	
Karl Blank	Kreistagsabgeordneter	1946	1948	
Heinrich Knapp	2. Kreisdeputierter	1946 (11.06.1946)	1948	Vorgänger des Kreisausschusses
Emilie Lorenz	Kreistagsabgeordnete	1948	1956	
Karl Diehl	Kreistagsabgeordneter	1952	1956	
Margareta Blank	Kreistagsabgeordnete	1956	1960	
Friedrich ("Friedel") Fuchs	Kreistagsabgeordneter	1960	1968	
Heinrich Beckmann	Kreistagsabgeordneter	1964	1972 (07.12.1972)	vier Jahre ab 1968 als stellvertretender und ein Jahr (1971/72) als SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender; auf Mandat verzichtet am 07.12.1972
	Kreisbeigeordneter	1973 (19.01.1973)	1977 (31.12.1977)	Ehrenamtlicher Beigeordneter

[14] Dieburger SPD-Funktionsträger sowie SPD-Kreistagsabgeordnete im Kreis bzw. Kreistag des ehemaligen Landkreises Dieburg (von 1946 bis 31.12.1976) sowie im Landkreises Darmstadt-Dieburg (von 01.01.1977 bis heute).
Das Kreisarchiv des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat dazu mitgeteilt, dass in den Niederschriften der Sitzungen des Kreistags des **Landkreises Dieburg** sowie den zugehörigen Anlagen nur die Anwesenheit der Kreistagsabgeordneten als Liste protokolliert ist; auf einen Vermerk der Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit wurde verzichtet. Diese konnte im Kreisarchiv nicht immer zweifelsfrei festgestellt werden, da die Aktenführung im ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht oberste Priorität genossen zu haben scheint und in der Folge auch die Anlagen nur mehr unvollständig vorhanden sind.
Nicht ermittelt werden konnten die Unterlagen des Wahlamts des Landkreises Dieburg zu den Kommunalwahlen der Jahre 1946, 1948, 1952 und 1956.
Wegen der genannten Überlieferungslücken ist die gesamte Aufstellung möglicherweise nicht vollständig oder nicht hundertprozentig korrekt. Deshalb wurden die „amtlichen" Angaben aufgrund privater Aufzeichnungen, persönlicher Angaben und Zeitungsartikel, auch die Angaben den Landkreis Darmstadt-Dieburg betreffend, so weit wie möglich ergänzt.

Name	Funktion	von	bis	Bemerkung
Heinrich Deuter	Kreistagsabgeordneter	1968	1972	
Paul Theilen	Kreistagsabgeordneter	1968	1976	
Landkreis Darmstadt-Dieburg				
Dietmar Schöbel	Kreisbeigeordneter	09 /1985	1997	Hauptamtlicher Beigeordneter Schul- und Sozialdezernent
		1997	2011 (03.05.2011)	Ehrenamtlicher Beigeordneter
	Kreistagsabgeordneter	1977	1985	
		2011	2012 (31.12.2012)	
Roland Resch	Kreistagsabgeordneter	1981	1985	
Helga Emig	Kreistagsabgeordnete	1985	2000	† 02.08.2000
Walter Buch	Kreistagsabgeordneter	1985	1993	
Astrid Starke	Kreistagsabgeordnete	2000	2001	Nachrückerin für Willi Nickel († Dez. 1999)
Sabine Schröder	Kreistagsabgeordnete	2001	2006	
Katharina Müller	Kreistagsabgeordnete	2009 (14.04.2009)	2011	Nachrückerin für Karl Kärchner
Anna Wellbrock	Kreistagsabgeordnete	2016 (01.04.2016)	2019 (23.08.2019)	Mandat niedergelegt
Klaus Peter („Pit“) Schellhaas	Landrat	01.07.2019 (zugezogen, Mitglied der SPD Dieburg)	heute	Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg seit 2009
Ferdinand Böhm	Kreistagsabgeordneter	2023 (01.05.2023)	heute	Nachrücker für Andreas Larem (MdB)

Vorstand des SPD-Ortsvereins Dieburg (aktuell)

- Sabine Schnurr, Vorsitzende
- Claudia Michael, stellv. Vorsitzende
- Herbert Dobner, stellv. Vorsitzender
- Rolf Netzlaff, Rechner
- Rainer Weiß, Pressereferent (kommissarisch)

- Selina Treusch, Beisitzerin
- Pascal Busch, Beisitzer
- Stefan Schmitt, Beisitzer
- Rotraut Treusch, Beisitzerin
- Patrick Stemmler, Beisitzer
- Ferdinand Böhm, Magistrat (kraft Amtes)
- Christian Wohlrab, Fraktionsvorsitzender (kraft Amtes)

https://www.spd-dieburg.de/index.php

SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (aktuell)

- Christian Wohlrab, Fraktionsvorsitzender
- Rolf Netzlaff
- Markus Resch
- Katharina Müller
- Selina Treusch
- Patrick Stemmler
- Claudia Michael
- Ferdinand Böhm, Magistrat (kraft Amtes)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sabine Schnurr 5
Abbildung 2: Nancy Faeser 6
Abbildung 3: Heike Hofmann 7
Abbildung 4: Protokoll der Wiedergründung der SPD Dieburg am 30. September 1945 9
Abbildung 5: Johannes Brand, Spitzenkandidat der SPD 1964 10
Abbildung 6: Aus der SPD-Broschüre 1964 (zeigt den Blick auf die Zuckerstraße und den heutigen Dallas) 11
Abbildung 7: Georg Hach 11
Abbildung 8: Kanzlerkandidat Willy Brandt in Dieburg; Monika Blank überreicht rote Nelken (1960) 12
Abbildung 9: SPD-Flyer zur Kommunalwahl 1972 12
Abbildung 10: Anzeige der SPD zur Kommunalwahl 1985 14
Abbildung 11: Josef ("Seppl") Blank 15
Abbildung 12: Heinrich Beckmann 16
Abbildung 13: Bürgermeisterkandidatin der SPD 1999 20
Abbildung 14: Festschrift zum 100-jährigen SPD-Jubiläum 21
Abbildung 15: Kommunalwahlprogramm 2011 der SPD Dieburg 22
Abbildung 16: Kommunalwahlprogramm 2016 der SPD Dieburg 23
Abbildung 17: Dietmar Schöbel 24
Abbildung 18: Roland Resch 25
Abbildung 19: Kommunalwahlprogramm 2021 der SPD Dieburg 26
Abbildung 20: Flyer der SPD-Frauen zum Kommunalwahlkampf 1977 28
Abbildung 21: Juso-Logo in den 1970ern und danach 29
Abbildung 22: Aktuelles Juso-Logo 29
Abbildung 23: Willy-Brandt-Medaille 41

Bildnachweise

- Abbildung 1: privates Foto
- Abbildungen 2 und 3: offizielle Pressefotos
- Abbildungen 4 bis 16: Archiv der SPD, Flyer und Wahlprogramme, Festschriften
- Abbildungen 17 und 18: private Fotos
- Abbildungen 19 und 20: Archiv der SPD, Flyer und Wahlprogramme, Festschriften
- Abbildungen 21 bis 23: Internet

Quellenverzeichnis

Bei der Erstellung dieser Chronik wurde auf folgende Quellen zurückgegriffen bzw. waren die genannten Institutionen behilflich:

- Festschriften zum 85-jährigen und 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Dieburg
- Stadtarchiv der Stadt Dieburg
- Gremien der Stadt Dieburg
- Dieburger Anzeiger
- Darmstädter Echo
- Darmstädter Tagblatt (nicht mehr existent)
- Main-Echo
- Kommunalpolitische Programme der Dieburger SPD
- Parteiprogramme und Internetauftritte der SPD und seiner Organisationen und Arbeitsgemeinschaften
- Wahlergebnisse: Internetseite der Stadt Dieburg sowie Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
- Kreisarchiv des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Landkreis Darmstadt-Dieburg: Büro der Kreistagsvorsitzenden
- Internet, Wikipedia, Publikationen
- Protokolle, Mitteilungsblätter, Ausarbeitungen und sonstige Unterlagen der Dieburger SPD sowie mündliche und schriftliche Beiträge von Dieburger und auswärtigen Genossinnen und Genossen

Danksagungen

Ohne die folgenden Personen wäre die Erstellung dieser Chronik in dem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gebührt besonderer Dank:

- den Genossen Heinrich Beckmann, Dietmar Schöbel, Roland Resch, Ferdinand Böhm, Herbert Dobner, Rolf Netzlaff und der Genossin Sabine Schnurr sowie weiteren zahlreichen Genossinnen und Genossen des SPD-Ortsvereins Dieburg;
- Herrn Ostheimer und Herrn Sturmfels von der Stadt Dieburg;
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hessischen Statistischen Landesamts in Wiesbaden;
- Herrn Prößdorf, Kreisarchivar, und Herrn Petry, Sitzungsdienst Kreistag und Kreistagsausschüsse, Kreisausschuss, Landkreis Darmstadt-Dieburg;
- weiteren hier nicht namentlich erwähnten Personen, die im Hintergrund mitwirkten und mit Rat und Tat zur Seite standen.

Ein besonderer Dank geht an dieser Stelle an den Genossen Rainer Weiß, der sich federführend stark gemacht hat für diese Broschüre und in die Tiefen der Archive hinabgestiegen ist, um mit einer Fülle von Details wieder aufzusteigen.

www.SPD-Dieburg.de